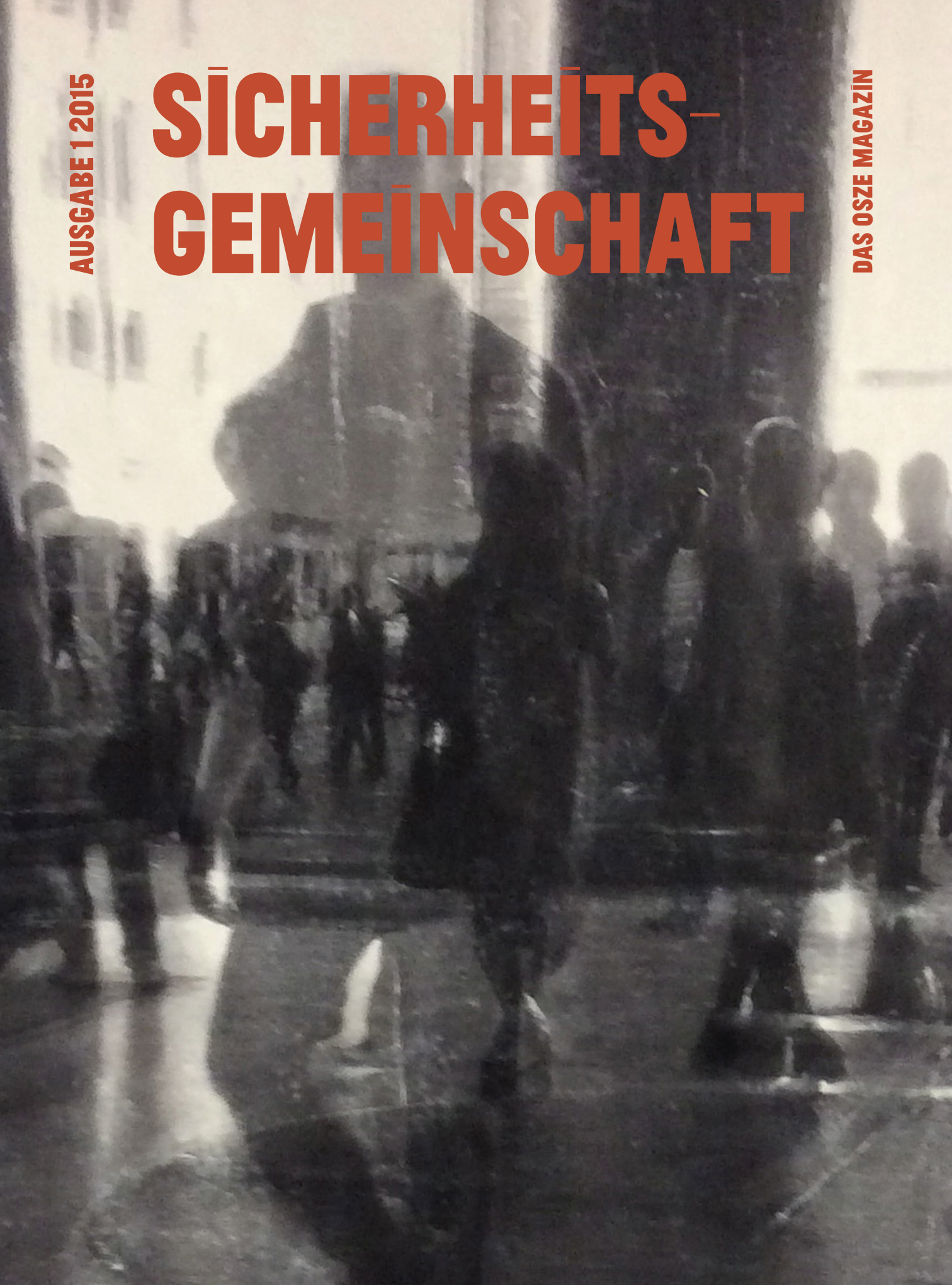


**AUSGABE 1 2015**

# **SICHERHEITS- GEMEINSCHAFT**

**DAS OSZE MAGAZIN**



# Übersicht »



**1 Helsinki** vor 40 Jahren:  
Am 1. August 1975 fand das erste Gipfeltreffen der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) mit der Unterzeichnung der Schlussakte von Helsinki seinen Abschluss. Die damals vereinbarten „Prinzipien, die die Beziehungen der Teilnehmerstaaten leiten“, sind heute gültiger denn je. \_16

**2 Ukraine** Über eine Million Menschen sind vor dem gewalttätigen Konflikt im Donbass in westliche Landesteile geflüchtet. Das Büro des Flüchtlingshochkommissars der Vereinten Nationen in der Ukraine hat sich schnell darauf eingestellt und unterstützt die Vertriebenen, die nun Fremde im eigenen Land sind. \_9

**3 Korea** Seoul war dieses Jahr am 1. und 2. Juni zum vierten Mal Schauplatz der OSZE/Asien-Konferenz. Kann die OSZE Vorbild für Asien sein? Der koreanische Stellvertretende Minister Shin Dong-ik setzt sich mit der Frage auseinander. \_22

**4 Usbekistan** Marta, die führende lettische Frauenrechtsorganisation, dehnt ihre Tätigkeit auf Usbekistan und andere zentralasiatische Länder aus. Frauen in Riga und Taschkent haben mehr Gemeinsamkeiten als man denkt, sagt Iluta Lače, die Gründerin und Direktorin von Marta. \_32

# Inhalt » Ausgabe 1, 2015

## #OSCE\_4

### Im Brennpunkt: Die Ukraine

Die OSZE in der Ukraine **\_7**



Wenn eine Million Menschen flüchten müssen **\_9**

Dunkelheit und Licht – Momentaufnahme der OSZE-Sonderbeobachtermission in der Ukraine **\_12**



## HELSINKI+40

Zurück zum Geist von Helsinki – 40 Jahre Schlussakte von Helsinki **\_16**

Der Helsinki-Dekalog :  
Wo alles begann **\_18**

Zeit für eine neue OSZE Strategie? **\_21**



### INTERVIEW

Die OSZE – ein Vorbild für Asien

Interview mit dem Stellvertretenden Minister für multilaterale und globale Angelegenheiten im Ministerium für auswärtige Angelegenheiten der Republik Korea, Shin Dong-ik **\_22**

## Meine Geschichte

Ein Japaner in Bosnien **\_26**

## OSZE intern

Die OSZE Troika **\_28**

## Aus der Welt der Wissenschaft

Die OSZE und die Sicherheit in Europa überdenken **\_29**

## Zivilgesellschaft

Marta in Usbekistan **\_32**



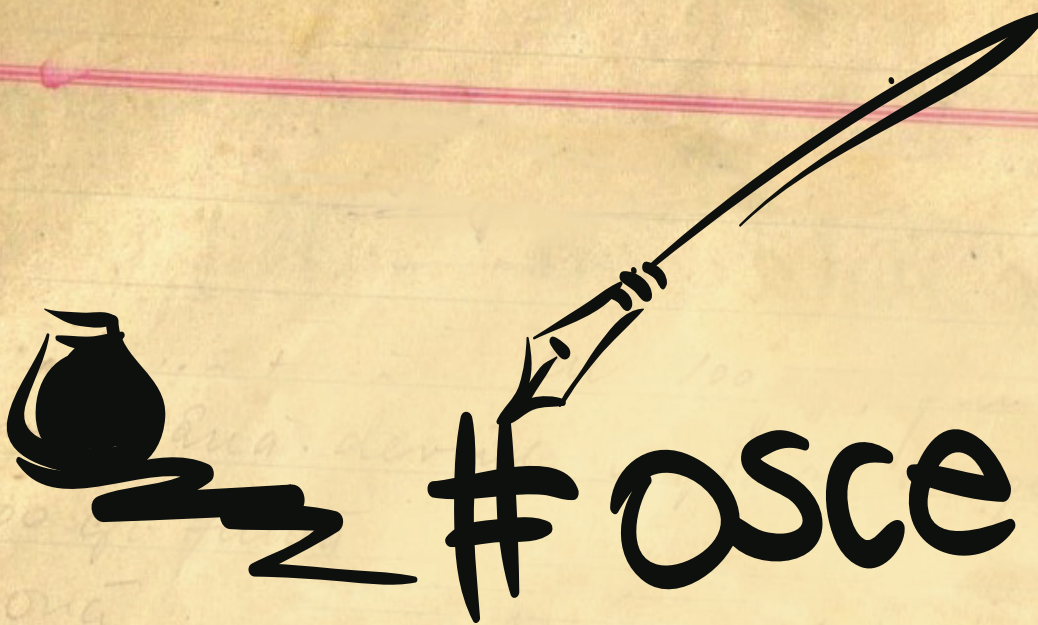
Auslese **\_34**

## Titelbild © Cristiano De Matteis

Die auf bearbeiteten Fotografien basierenden Werke des italienischen Künstlers Cristiano De Matteis spielen mit der Dualität des Gesehenen und des nicht Gesehenen, des Offensichtlichen und des Angedeuteten. Sie stehen als Metapher für eine innere Verrückung – und ganz allgemein für die *conditio humana*.

[www.lostudioarte.com](http://www.lostudioarte.com)





## Helsinki +40

Am 1. August 2015 wird die Schlussakte von Helsinki 40. Das Dokument, mit dem die Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) geschaffen wurde und das den ersten Nagel in den Sarg des Kalten Krieges schlug, dient nach wie vor als Leitbild für die Arbeit der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE). Die führende Rolle der Organisation bei der Reaktion auf den tragischen Konflikt in der und um die Ukraine machte alle tiefschürfenden Überlegungen, ob man sie denn überhaupt noch brauche, überflüssig. Aber wenn die OSZE auch in Zukunft effektiv sein soll, muss sie einige kritische Fragen beantworten. Wie konnte das im 21. Jahrhundert in Europa geschehen? Wie können wir sicherstellen, dass so etwas nie wieder geschieht?

Diese Fragen veranlassten den Schweizer Amtierenden OSZE-Vorsitzenden Didier Burkhalter im September 2014, am Rande des hochrangigen Segments der UN-Generalversammlung in New York eine Sondersitzung der anwesenden OSZE-Minister einzuberufen. Dieselben Fragen bestimmten auch die Erörterungen auf dem Ministerratstreffen am 5. und 6. Dezember in Basel und bewogen die OSZE-Troika 2015 (Schweiz, Serbien und Deutschland), einen Weisenrat damit zu beauftragen, sich unter einem neuen Blickwinkel mit der europäischen Sicherheit als gemeinsames Projekt auseinanderzusetzen. Weitere Diskussionen über die Sicherheit in Europa werden sicherlich auch bei der Jubiläumsveranstaltung in diesem Sommer das beherrschende Thema sein.

Auf Einladung des Amtierenden Vorsitzenden der OSZE, des serbischen Außenministers Ivica Dačić, kommen die OSZE-Teilnehmerstaaten am 10. Juli 2015 in der **Finlandia Hall in Helsinki**, in der die Schlussakte von Helsinki unterzeichnet wurde, **zu einem informellen Treffen auf hoher Ebene** zusammen. Anlässlich des Jubiläums hat auch die Parlamentarische Versammlung der OSZE für ihre Jahrestagung vom 5. bis 9. Juli Helsinki als Tagungsort gewählt.

## Security Days der OSZE

„Ich bin Araberin, ich bin Muslima, ich bin eine Frau, ich bin frei – und bin wahrscheinlich nicht so, wie Ihr mich seht. Ich glaube, wir alle verfallen auf die eine oder andere Weise gelegentlich in Rollenklischees. Vom östlichen bis zum westlichen, vom nördlichen bis zum südlichen Mittelmeerraum kennen wir einander nicht wirklich. Das Entscheidende ist für mich die Bildung, durch die Medien vermittelte Bildung“, sagt die marokkanische TV-Moderatorin und Produzentin Leila Ghandi. Sie sprach in der Night Owl Session, mit der die Security Days der OSZE begannen, die der OSZE-Generalsekretär Lamberto Zannier am 21. und 22. Mai in Wien zum Thema **„Brücken bauen – Förderung des Dialogs zur Verhinderung von Radikalisierung und gewalttätigem Extremismus“** veranstaltete.

Verfolgen Sie die Diskussion:

[www.osce.org/secretariat/159801](http://www.osce.org/secretariat/159801)

Unter vielen anderen Herausforderungen war die Verhinderung von Radikalisierung auch Thema auf dem Security Day am 17. März im Wilson Center in Washington, D.C., dem ersten, der seit der Einführung der Veranstaltungsreihe 2012 außerhalb von Wien abgehalten wurde. Die wichtigsten Themen auf dieser Veranstaltung über „Aktuelle Herausforderungen für die euroatlantische Sicherheit – Strategien für Zusammenarbeit und gemeinsame Lösungen“ waren die Ukraine, Afghanistan und Strategien für die Zukunft.

Lesen Sie den Bericht unter:

[www.osce.org/secretariat/160461](http://www.osce.org/secretariat/160461)

## Wasser und Sicherheit

Die verheerenden Überschwemmungen des vergangenen Jahres auf dem Westbalkan veranlassten den serbischen

OSZE-Vorsitz, Wasser-Governance als Thema für das **23. Wirtschafts- und Umweltforum der OSZE** zu wählen. „Mit vereinten Kräften und der Entwicklung von Prognosesystemen können wir dieser Bedrohung Herr werden und unseren Bürgern die Sicherheit geben, die sie brauchen“, erklärte Dražen Kurečić, der Präsident der Internationalen Kommission für den Schutz der Donau und Stellvertretende Landwirtschaftsminister Kroatiens, auf dem zweiten Vorbereitungstreffen des Forums am 11. und 12. Mai in Belgrad. Das erste Vorbereitungstreffen fand am 26. und 27. Januar statt, das abschließende Treffen ist vom 14. bis 16. September in Prag geplant.

Die Dokumente des Treffens können unter [www.osce.org/event/23rd\\_eef\\_prep2](http://www.osce.org/event/23rd_eef_prep2) abgerufen werden.

## Strafrechtliche Verfolgung von Schleppern und Menschenhändlern

„Ich bin zuversichtlich, dass dieses Treffen die Strafverfolgungsbehörden in ihrer Fähigkeit zur Untersuchung, Verfolgung und Zerschlagung organisierter Verbrecherbanden stärken wird, die Migranten schleusen und Menschenhandel betreiben“, meint Alexey Lyzhenkov, der Koordinator der OSZE-Aktivitäten gegen grenzüberschreitende Bedrohungen, auf dem jährlich stattfindenden **OSZE-Treffen von Polizeiexperten** am 28. und 29. Mai in Belgrad, das gemeinsam von der Gruppe Strategische Polizeiangelegenheiten der Abteilung für die Befassung mit grenzüberschreitenden Bedrohungen und dem serbischen Vorsitz veranstaltet wurde.

Experten für Strafrechtspflege und Vertreter internationaler Organisationen erörterten neue Trends – einer davon die beunruhigend niedrige Zahl von Prozessen gegen Menschenhändler und entsprechender Verurteilungen. Ihre Empfehlung: verstärkte Bemühungen zur Ausforschung krimineller Gruppen, die anschließend vor Gericht zu stellen sind. Dazu genügt es nicht, internationales Recht umzusetzen; vielmehr müssen Unterschiede im nationalen Recht und in der nationalen Praxis der einzelnen Staaten ermittelt und nötigenfalls miteinander in Einklang gebracht werden, zum Beispiel durch grenzüberschreitende Live-Übungen und fachliche Fortbildung.

Die nationalen Strategien müssen verschiedenste Dienststellen und die Zivilgesellschaft einbinden. Diese und andere wichtige Ergebnisse – insgesamt 21 – werden zur Ausrichtung der künftigen Arbeit der OSZE in diesem Bereich beitragen.

[www.osce.org/secretariat/159801](http://www.osce.org/secretariat/159801)

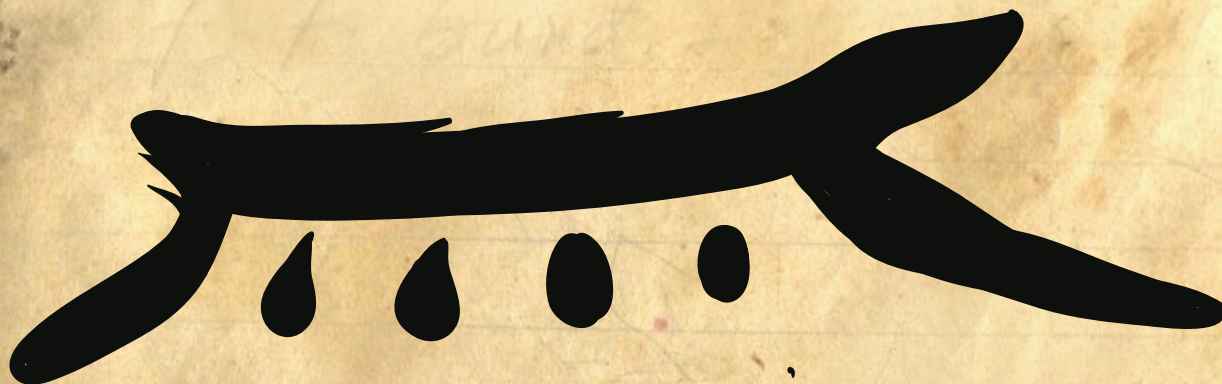
## Die OSZE /Asien-Konferenz in Seoul

Für das Logo der OSZE/Asien-Konferenz 2015 am 1. und 2. Juni in Seoul wurde ein traditionelles koreanisches Motiv verwendet, um symbolisch zum Ausdruck zu bringen, dass sich Europa und Asien „unter demselben Dach“ befinden. Wenn Europa derzeit mit geopolitischen Bedrohungen für seine Sicherheitsordnung zu kämpfen hat, so nehmen die Herausforderungen ein beängstigendes Ausmaß an, fügt man noch die zahlreichen Probleme in Nordostasien hinzu. Die Entwicklung von Kernwaffen durch Nordkorea, die jüngsten Entwicklungen im südchinesischen Meer, die Spannungen am Himmel, auf den Meeren, auf dem Land und im Cyberspace waren einige der Themen, die der koreanische Außenminister Yun Byung-se in seiner Eröffnungsansprache anführte. „Für uns bedeuten diese unerfreulichen Aussichten jedoch, dass es großen Spielraum für Zusammenarbeit gibt“, meinte er. Einer der erfolgversprechendsten Bereiche sei die Zusammenarbeit bei vertrauensbildenden Maßnahmen im Cyberspace. Der Außenminister Thailands übermittelte das Angebot seines Landes, nächstes Jahr die OSZE/Asien-Konferenz auszurichten.■

---

Lesen Sie die Erklärungen und (in Kürze) die Zusammenfassung auf der Website der Konferenz:

[www.osce.org/networks/147716](http://www.osce.org/networks/147716)



**2015 OSCE-ASIAN**  
CONFERENCE hosted by **KOREA**

# DIE OSZE IN DER UKRAINE\*

## Dezember 2014 bis Juni 2015



### Mediation und Verhandlung

Der Amtierende Vorsitzende der OSZE, der Erste Stellvertretende Ministerpräsident und Minister für auswärtige Angelegenheiten Serbiens, Ivica Dačić, nutzt jede sich bietende Gelegenheit, um alle Seiten eindringlich aufzufordern, ihren Verpflichtungen aus dem Maßnahmenpaket für die Umsetzung der Minsker Vereinbarungen nachzukommen, das von den Staats- beziehungsweise Regierungschefs Frankreichs, Deutschlands, Russlands und der Ukraine am 12. Februar bei ihrem Treffen im Normandie-Format vereinbart wurde.

Zur Unterstützung des OSZE-Vorsitzes reiste OSZE-Generalsekretär Lamberto Zannier mehrmals in die Ukraine. In zahlreichen Treffen auf hoher Ebene erörterte er mit maßgeblichen Akteuren die Lage und die Rolle der OSZE zur Aufrechterhaltung eines offenen und inklusiven Dialogs.

Der Amtierende Vorsitzende bestellte die Schweizer Diplomatin Heidi Tagliavini erneut zu seiner Sonderbeauftragten in der Ukraine und in der Trilateralen Kontaktgruppe. Auf Botschafterin Tagliavini, die im Juni ihre Funktion beendete, folgte Botschafter Martin Sajdik aus Österreich.

Im Sinne der Bestimmungen des Maßnahmenpakets vom 12. Februar und nach Konsultationen im Rahmen der OSZE-Troika (Schweiz, Serbien, Deutschland) ernannte der Amtierende Vorsitzende Vertreter der OSZE, die den Vorsitz in Arbeitsgruppen unter der Schirmherrschaft der Trilateralen Kontaktgruppe zu den Themen Sicherheit, politische Angelegenheiten, Binnenvertriebene und Flüchtlinge, humanitäre Hilfe, wirtschaftliche Angelegenheiten und Wiederaufbau übernehmen sollten.

Die Parlamentarische Versammlung der OSZE unter der Führung von Präsident Ilkka Kanerva fördert den Dialog, der zur Lösung der Krise beitragen soll, unter anderem durch Vermittlung einiger der wenigen Kontakte zwischen russischen und ukrainischen Parlamentariern.

### Beobachtung

Am 12. März beschloss der Ständige Rat, das Mandat der OSZE-Sonderbeobachtermission in der Ukraine (SMM) um 12 Monate bis 31. März 2016 zu verlängern und die Zahl der Beobachter nötigenfalls auf bis zu 1 000 zu erhöhen. Mit 17. Juni hatte die Mission insgesamt 771 Mitglieder, davon 483 internationale Beobachter (einschließlich 10 Gruppenleitern) aus mehr als 40 OSZE-Teilnehmerstaaten.

Die OSZE wird im Maßnahmenpaket für die Umsetzung der Minsker Vereinbarungen vom 12. Februar ausdrücklich genannt und mit der Beobachtung und Verifizierung der Waffenruhe und des Abzugs der schweren Waffen zur Schaffung einer Sicherheitszone sowie mit der Beobachtung des Abzugs aller ausländischen bewaffneten Formationen, militärischen Ausrüstung und Söldner aus dem Hoheitsgebiet der Ukraine betraut.

Die Beobachtermission an den zwei russischen Kontrollposten Gukowo und Donezk hat seit ihrer Entsendung auf Grundlage des Beschlusses Nr. 1130 des Ständigen Rates der OSZE vom 24. Juli 2014 die Bewegungen von über 2 300 000 Personen über die russisch-ukrainische Grenze an den genannten Kontrollposten beobachtet. Seit der Verabschiedung des „Maßnahmenpakets für die Umsetzung der Minsker Vereinbarungen“ am 12. Februar in Minsk registriert die Mission eine verstärkte Rückkehrbewegung in die Ukraine. Am 18. Juni 2015 wurde das Mandat der Mission um weitere drei Monate bis 30. September 2015 verlängert.

---

## Rechte und Freiheiten

Im Januar brachte das Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte (ODIHR) ein Projekt zur Aufdeckung und Bekämpfung von Hasskriminalität und zur Förderung von Religions- und Glaubensfreiheit auf den Weg, das der ukrainischen Zivilgesellschaft, Religions- und Glaubensgemeinschaften sowie einschlägigen staatlichen Einrichtungen zugutekommen soll. Im April begann ein wichtiges Projekt des ODIHR, das den Dialog innerhalb der Zivilgesellschaft und mit wesentlichen staatlichen Akteuren zu Fragen der menschlichen Dimension fördert. Im Rahmen des Projekts wurden Menschenrechtsbeobachter in Kiew und Charkiw ausgebildet, weitere in Odessa und Lemberg sollen folgen.

Die Hohe Kommissarin für nationale Minderheiten, Astrid Thors, verfolgt weiter die Lage, unter anderem durch häufige Besuche im Land, und berät die Regierung wie bisher in Fragen der interethnischen Beziehungen. Sie hat alle erdenklichen Möglichkeiten für den Zugang zur Krim geprüft, um sich ein Bild von der Lage vor Ort zu machen. Ihre größte Sorge gilt Menschenrechtsverletzungen auf der Krim und der Notwendigkeit von gemeinsamen Institutionen, denen alle Bürger vertrauen.

Die OSZE-Beauftragte für Medienfreiheit, Dunja Mijatović, befasste sich mit rund 200 Angriffen auf Journalisten in der und um die Ukraine. Sie besucht die Ukraine, um sich aus erster Hand über den Stand der Medienfreiheit zu informieren. Ihr Büro veranstaltet eine Reihe von Runden Tischen zur Sicherheit von Journalisten mit Vertretern der ukrainischen und der russischen Journalistengewerkschaft und organisierte am 15. und 16. Juni eine internationale Konferenz über die Sicherheit von Journalisten und Konfliktberichterstattung mit über 400 Teilnehmern.

## Projektkoordinator, Sekretariat

Der OSZE-Projektkoordinator in der Ukraine gab mit einer Auftaktveranstaltung am 13. und 14. Mai in Kramatorsk den Startschuss zu einer mehrjährigen Initiative, dem Nationalen Dialog für Reform, Recht und Entwicklung. Der Koordinator will mit diesem Projekt eine landesweite Debatte über den Inhalt der Reformen fördern, für die Zugänglichkeit und Transparenz der Verfassungsgerichtsbarkeit sorgen und die Beteiligung der Zivilgesellschaft an Mechanismen zur Verhinderung von Menschenrechtsverletzungen erhöhen. Das Projekt wird mithilfe einer Gemeinschaft von professionellen ukrainischen Mediatoren und Dialogvermittlern aufzubauen, wofür eine Konferenz des Koordinators für nationale und internationale Experten vom 10. bis 12. Dezember in Odessa die Voraussetzungen schuf.

Der Projektkoordinator setzt sich weiter für den Schutz von Kindern und anderen Zivilisten vor den Gefahren von Blindgängern ein. Im Dezember und Januar verteilte sein Büro Arbeitsmappen mit Sicherheitshinweisen an 48 000 Schulkinder und Vertriebenengemeinschaften. Im Dezember und Februar schulte es Personal des staatlichen Minenräumdiensts und stellte Schutzausrüstung zur Verfügung.

Das OSZE-Sekretariat setzte seine Unterstützung für die drei Feldpräsenzen fort. Außerdem wurden konkrete Maßnahmen für einige Problemstellungen entwickelt, unter anderem in den Bereichen bürgernahe Polizeiarbeit, Beseitigung explosiver Kampfmittelrückstände, Bekämpfung des Menschenhandels und von Gewalt gegen Frauen und Förderung der Rolle der Frauen bei der Schaffung von Frieden und Sicherheit.

*\* Dieser Bericht schließt an die Artikel „Die OSZE in der Ukraine“ aus den Ausgaben 3/2014 und 2/2014 des Magazins „Sicherheitsgemeinschaft“ an. Über jüngste Entwicklungen informiert die öffentliche Website der OSZE [www.osce.org](http://www.osce.org)*





Foto: Hussam Al Yamani

# Wenn eine Million Menschen flüchten müssen

von Sophie Hofbauer und Ursula Froese

*Mit Stand 27. Mai 2015 waren 1 315 600 Ukrainer Vertriebene im eigenen Land. Der Flüchtlingshochkommissar der Vereinten Nationen (UNHCR) sorgt für den Schutz der Menschen, die aufgrund des Konflikts in der Ostukraine festsitzen oder in andere Landesteile flüchten mussten. Die OSZE informiert UNHCR über die Schutzbedürftigsten unter ihnen.*

**W**enn man das Mittelmeerrestaurant von Hussam Al-Yamani im historischen Kiewer Stadtteil Podil betritt, sieht man als erstes ein gerahmtes Zertifikat des Flüchtlingshochkommissars der Vereinten Nationen (UNHCR). Der syrische Architekt AlYamani, der einst in Dubai und Damaskus arbeitete, kam im Oktober 2012 als Asylsuchender in die Ukraine, nachdem er im Krieg alles verloren hatte. Mit einem kleinen Zuschuss von UNHCR gelang es ihm dank seiner Kreativität als Architekt, aus einem Raum, der aus kaum mehr als vier Betonwänden bestand, dieses trendige Esslokal zu machen. Zweieinhalb Jahre später beschäftigt Al-Yamani Binnenv Vertriebene (IDPs) aus dem Donbass. „Ich floh vor der Gewalt in Syrien und fand Frieden und Stabilität in Kiew, nur um zu sehen, dass der Krieg in die Ukraine kam. Ich nahm Verbindung zu UNHCR auf und fragte, ob ich helfen könne. Sie schickten mir zwei Leute, einen aus Luhansk und einen aus Donezk, die hier nun als Kellner arbeiten“, erzählt er.

Bis Ende 2013 bestand die Aufgabe von UNHCR in die Ukraine hauptsächlich in der Bereitstellung von

humanitären Basisleistungen für Flüchtlinge, Staatenlose oder Asylsuchende wie Hussam. Diese Menschen aus Ländern wie Syrien, Afghanistan, aus dem Iran oder dem postsowjetischen Raum kamen in das kleine Büro des Hochkommissariats in Kiew nahe dem historischen orthodoxen Kloster Lawra zu Interviews und als Ratsuchende. „Viele sagten uns, sie fühlten sich innerhalb der Kirchenmauern sicher“, sagt Nina Sorokopud, die Pressesprecherin des Büros.

Doch als der Konflikt in der Ostukraine im Februar letzten Jahres die Menschen zur Flucht zu zwingen begann, stellte sich UNHCR schnell auf die neue Situation ein. Jetzt leistet das Büro in vollem Umfang Nothilfe für Menschen, die innerhalb des Landes Zuflucht suchen. Das Hauptquartier in Kiew wurde erweitert und es gibt eine große Außenstelle in Dnipropetrowsk, einem der größten Aufnahmegebiete. Das Hochkommissariat hat seine Tätigkeit auch auf Donezk, Charkiw, Cherson, Mariupol und Sewerodonezk ausgedehnt und betreut mit seinen Durchführungspartnern noch weitere Regionen.

---

## Freiwillige

Was bei der Quartiersuche und Versorgung für IDPs besonders überraschte, war die Schnelligkeit und Effizienz, mit der die Bürger die Hilfe für die Vertriebenen selbst in die Hand nahmen. Ein beträchtlicher Teil der Bemühungen von UNHCR gilt der Unterstützung von Freiwilligen- und Gemeinschaftsinitiativen. „Vor der Krise konnte man die Haltung der meisten Ukraine mit dem Satz zusammenfassen: ‚Mein Haus steht am Ende der Straße, was im Dorf passiert, geht mich nichts an.‘ Angesichts dessen hat mich die Reaktion meiner Landsleute überrascht“, meint Nina.

Sie zeigt auf das große und gut funktionierende Sammel- und Verteilzentrum für IDPs in der Froliwska-Straße im Bezirk Podil – nur ein paar Häuserblock von Hussams Restaurant entfernt –, das UNHCR mit Hilfsgütern versorgt. Täglich kommen zweihundert Personen hierher und in die Zelte rund um das Zentrum, um Nahrungsmittel, Küchenutensilien, Bettwäsche und Kinderspielzeug abzuholen – eine eindrucksvolle Einrichtung, die ausschließlich von Freiwilligen betrieben wird.

Ein ähnliches Zentrum, das von der NGO „Dopomoga Dnipro“ geführt wird, ist keine bloße Ausgabestelle, sondern bietet auch vorübergehende Unterbringung, einen Registrierungsdienst, Beratung und Zimmervermittlung an. Über 50 000 IDPs haben hier Hilfe gefunden. UNHCR renoviert derzeit die fünfte und sechste Etage und stellt dazu neue Fenster, Türen, Tapeten und Möbel zur Verfügung. Das Büro leistet auch finanzielle Unterstützung, ebenso wie die OSZE, die 20 000 Euro für Säuglingsprodukte zur Verfügung gestellt hat. Doch für den täglichen Betrieb des Hauses sorgt ein Team von engagierten Freiwilligen, und fast alle Güter werden von Bürgern gespendet. Bauern bringen täglich frische Produkte. Alle Leiter der Zentren in Kiew, Dnipropetrowsk und an anderen Orten erzählen dieselbe Geschichte: Die Unterstützung durch die Zivilgesellschaft ist überwältigend, doch der Wirtschaftsabschwung im Land könnte die Aufrechterhaltung der Hilfe infrage stellen.

## IDP-Registrierung

Die Registrierung der IDPs war eine der wichtigsten zivilgesellschaftlichen Initiativen. Die Regierung brauchte Monate, um ihr eigenes Registrierungssystem einzurichten, doch sie erkannte die von NGOs vorgenommenen Registrierungen an, wodurch die Sozialleistungen für die Vertriebenen anlaufen konnten.

UNHCR beriet die Regierung bei mehreren aufeinanderfolgenden Entwürfen zum neuen Gesetz über die Rechte und Freiheiten von IDPs, das am 20. Oktober 2014 in Kraft trat, und bei der Einrichtung eines funktionierenden Registrierungssystems. Letzteres ist seit Oktober letzten Jahres in Betrieb.

Als die Regierung ankündigte, Mietbeihilfen für registrierte IDPs einzuführen, sich die Auszahlung aber verzögerte, sprang UNHCR in die Bresche und half mit Geldleistungen für 12 000 der Hilfsbedürftigsten – Behinderte oder Familien mit kleinen Kindern – aus.

## In der Konfliktzone

Eine der wichtigsten Aktivitäten von UNHCR ist die Bereitstellung von humanitärer Soforthilfe für Personen, die ins Kreuzfeuer des Konflikts geraten sind. „Wir stellen in Zusammenarbeit mit NGOs und anderen internationalen Organisationen warme Jacken, Decken und Küchenutensilien zur Verfügung. Wir helfen bei dringenden Reparaturarbeiten an Unterkünften“, erklärt Nina.

Ein großer Teil der Hilfsgüter wird lokal beschafft, doch ein außerordentlich wichtiges Produkt stammt aus den globalen Beständen, nämlich spezielle Kunststofffolien für Schnellreparaturen in Konfliktgebieten. „Solche Folien haben wir beispielsweise in Mariupol am Tag nach der Bombardierung der Stadt verteilt. Wenn eine Fensterscheibe zerbrochen ist, werden die Glasreste einfach entfernt und die Öffnung wird abgedeckt. Es können damit auch Dächer provisorisch abgedichtet werden“, erklärt Nina.

## Kooperation mit der OSZE

Seit Beginn der Krise arbeiten UNHCR und OSZE eng zusammen. Die OSZE-Sonderbeobachtermission in der Ukraine (SMM) wurde praktisch sofort nach Ausbruch der Konflikts vor Ort entsandt und ihre Mitglieder konnten über das Profil und die Wege der IDPs informieren, die in sichereren Landesteilen der Ukraine Zuflucht suchten oder in Nachbarländer flüchteten. Dank der Informationen, die OSZE-Beobachter aus erster Hand lieferten, konnte das UNHCR-Personal vor Ort schutzbedürftigen Personen gezielt Hilfe leisten.

Im Juli 2014 festigten der Leitende Beobachter der SMM, Botschafter Ertugrul Apakan, und der damalige UNHCR-Regionalvertreter für die Ukraine, Oldrich Andrysek, die Zusammenarbeit mit der Unterzeichnung einer operativen Vereinbarung über Koordinierung und Informationsaustausch. Der Vereinbarung lag das Memorandum of Understanding von 1998 über die Verstärkung der Zusammenarbeit zwischen den beiden Organisationen zugrunde.

Die Kooperation wurde durch ein Instrument erleichtert, das UNHCR und das Konfliktverhütungszentrum der OSZE 2013 gemeinsam entwickelt hatten, die Protection Checklist. Dieser praktische Leitfaden sollte es OSZE-Mitarbeitern vor Ort ermöglichen, den Schutz- und Hilfsbedarf der Vertriebenen zu ermitteln und gemeinsam mit Fachorganisationen wie UNHCR entsprechende Maßnahmen zu ergreifen. Er verschwand nicht in einer Schublade, sondern hat sich in der Ukraine als wertvolles Hilfsmittel erwiesen – ebenso wie in anderen Teilen der OSZE-Region, zum Beispiel in Zentralasien. Alle OSZE-Beobachter erhielten bei ihrer Ankunft in der Ukraine ein gedrucktes Exemplar, und 50 Kontaktstellen für Menschenrechte in Kiew, Charkiw, Odessa und Lemberg erhielten spezielle Einweisungen zur Anwendung des Leitfadens. Er wurde seither ins Russische übersetzt und ist auch im Kleinformat erhältlich, ergänzt durch eine Liste nützlicher Kontakte.

Anhand des Leitfadens achten die OSZE-Beobachter in ihrer täglichen Arbeit seither besonders auf Fragen der Vertreibung und informieren darüber in ihren regelmäßigen Berichten. Während der Evakuierung von Debalzewe im Februar bildeten sie zum Beispiel eine sichtbare internationale Präsenz und setzten sich für den Schutz und

die Sicherheit der betroffenen Bevölkerung ein, wie es im Leitfaden empfohlen wird. Beim Besuch eines Lagers nördlich von Donezk, in dem IDPs aus Debalzewe untergebracht sind, folgten sie der Empfehlung, auf getrennte Familienmitglieder zu achten, und ließen sich berichten, welche älteren, kranken und in ihrer Bewegung eingeschränkten Angehörigen zurückgelassen werden mussten.

Sie machen auf die besonderen Bedürfnisse von Frauen und Kindern aufmerksam. In Wolodarske südwestlich von Donezk stellten sie bei vertriebenen Frauen, die mit den Anforderungen durch Kinderbetreuung, Scheidung und Arbeitslosigkeit kaum zurechtkamen, einen erhöhten Alkoholmissbrauch fest sowie akuten Personalmangel im örtlichen Sozialhilfzentrum. Sie schlugen Alarm, als sie von einer Gruppe unbegleiteter Kinder in Sewerodonezk erfuhren, die aus Gebieten entlang der Kontaktlinie in der Region Luhansk evakuiert worden waren und nach Odessa unterwegs waren.

Die OSZE-Beobachter liefern nicht nur im Konfliktgebiet, sondern auch in der Westukraine wertvolle Informationen über die Schutz- und Hilfsbedürftigkeit von Vertriebenen. Die Gruppe in Lemberg beobachtet aufmerksam, wie die Heimkehr der Soldaten von der Front und das Leid der Familien, die geliebte Menschen verloren haben, das Potenzial für die Entstehung von Feindseligkeiten erhöhen. Trotz der beeindruckenden Großzügigkeit der Zivilgesellschaft stellt die SMM in ihrem jüngsten thematischen Bericht über die Auswirkungen der Krise auf die Westukraine ein gewisses Nachlassen in der Bereitschaft der Gemeinden fest, die mit der Aufnahme von Vertriebenen aus dem Osten verbundenen finanziellen Belastungen weiter zu tragen. Vor allem junge Männer haben Schwierigkeiten, Arbeit zu finden. Arbeitgeber wie Hussam Al-Yamani, die sich bewusst für IDPs entscheiden, sind eher die Ausnahme als die Regel. Sowohl UNHCR als auch die OSZE beobachten den Integrationsprozess sehr genau und sind bemüht, die Belastungen zu verringern, sowohl für diejenigen, die vor dem Konflikt geflüchtet sind, als auch für jene, die sie aufnehmen. ■

*Sophie Hofbauer ist Beigeordnete Verbindungsbeauftragte im UNHCR-Verbindungsbüro in Wien. Ursula Froese ist für die Redaktion des Magazins „Sicherheitsgemeinschaft“ verantwortlich.*



# Dunkelheit und Licht – Momentaufnahmen der OSZE Sonderbeobachtermission in der Ukraine

Die OSZE-Sonderbeobachtermission in der Ukraine (SMM) erhebt seit März 2014 Informationen über die Sicherheitslage und bemüht sich gemeinsam mit der Bevölkerung um den Abbau der Spannungen. Nachstehend erzählen OSZE-Mitarbeiter, die an verschiedenen Standorten in der Ostukraine im Einsatz sind, über Erfahrungen, die den einen oder anderen Einblick in die Arbeit der Mission geben.

## DAS KLAVIER

„Letzten Oktober besuchte ich die Sonderbeobachtermission (SMM) in der Oblast Donezk. Das OSZE-Team begleitete niederländische Ermittler zum Absturzort des Fluges MH17. [Als der Flug MH17 der Malaysian Airlines am 17. Juli 2014 bei Sneschnoje (Donezk) abstürzte, war die SMM die einzige internationale Präsenz vor Ort, die sich Zugang zur Absturzstelle verschaffen konnte. In den darauf folgenden Wochen setzte sich das Team dafür ein, dass ein Notfallkorridor eingerichtet wurde, über den Flugunfall-Experten aus den Niederlanden, Malaysia und Australien sterbliche Überreste der Opfer bergen und

Flugzeugtrümmer sicherstellen konnten, um die Ursachen der Tragödie zu ermitteln.]

Die niederländischen Unfallermittler konnten nicht direkt mit den bewaffneten Separatistengruppen in Kontakt treten, weshalb die OSZE mit der Aufgabe betraut wurde, die Besichtigung vor Ort zu organisieren. Ich fand mich in einer für mich surrealen Situation wieder, unterwegs mit einem großen Konvoi durch ein von Separatisten kontrolliertes Gebiet, eskortiert von Beamten einer Polizei, die wir nicht anerkennen, aus einem Sicherheitsministerium, das wir nicht anerkennen, über eine Grenze, die wir nicht anerkennen, zu einem Treffen mit einem Minister für Notfallsituationen einer Regierung, die wir nicht anerkennen, um ein Team zu bilden

mit Feuerwehrleuten/Rettungskräften einer Dienststelle, die wir nicht anerkennen. Das Erstaunliche dabei war, dass alle einander kannten und im Grunde auch anerkannten.

Dann kam der ernüchternde Anblick dessen, was von Flug MH17 übrig geblieben war. Nichts kann einen auf diese Eindrücke von Verwüstung und den weit verstreuten Trümmern des Flugzeugs vorbereiten, noch verstärkt durch den gegenseitigen Beschuss der Parteien mit Grad-Raketenwerfern in ca. 1,5 km Entfernung. Wäre er noch näher gekommen, weiß ich nicht, ob ich mich auf die von der OSZE ausgegebenen kugelsicheren Westen und Helme verlassen hätte. Zum Glück setzten die Konfliktparteien den Krieg nach einigen Telefonaten für ein paar Stunden aus.

Den restlichen Tag verbrachten wir damit, die Rettungskräfte bei der Sichtung der Wrackteile auf der Suche nach erkennbaren sterblichen Überresten und persönlichen Gegenständen zu beobachten. Ich war überrascht, dass so vieles noch intakt war. Sitze, Gepäckstücke, Reisepässe, Bücher, Post ... Spuren des Lebens, verstreut über das ganze Gebiet. Einige Beobachter aus unserer Gruppe waren dabei gewesen, als die SMM zum ersten Mal zur Absturzstelle kam, als es nicht um persönliche Gegenstände ging, sondern um den erschütternden Anblick verkohlter, zerfetzter Körper, noch viele in ihren Sitzen angeschnallt.

Wir begaben uns dann an eine zweite Stelle in der Nähe eines Dorfes, an der das Cockpit aufgefunden worden war. Am Tag des Absturzes waren Körperteile und Flugzeugtrümmer auf das Dorf gefallen. Nun, Monate später, machten wir hier eine Arbeitspause. Der Bürgermeister kam und die Dorfbewohner bewirteten uns mit Kaffee und Kuchen. Da waren wir also, eine seltsame Gruppe bestehend aus OSZE, bewaffneten Separatisten, Ministern, Polizisten, Feuerwehrleuten und Dorfbewohnern, Kaffee trinkend vor dem Hintergrund eines zerstörten Flugzeugs.

Wir waren gekommen, um Hinweise zu finden, die den Behörden helfen würden, die Opfer zu identifizieren, Menschen, die mit der Krim, dem Donbass oder irgendeiner anderen Ecke der Ukraine nichts zu tun hatten. Es waren unschuldige Menschen, die in eine irrsinnige Situation hineingeraten waren. In gewisser Weise stehen sie für alle unschuld-

igen Menschen, die noch immer in diesem Irrsinn gefangen sind. Wie die Passagiere des Verkehrsflugzeugs haben auch sie keine Stimme.

Die Arbeit eines Beobachters hat viele Seiten: Vermittlung von Dialog, diplomatisches Umschiffen tückischer Klippen in den Kontakten mit separatistischen Gruppen und vor allem Aufbau von Beziehungen zur Bevölkerung der Ukraine. Sie kann aber auch bedeuten, dass die Beobachter Ereignisse miterleben müssen, die sie nie mehr vergessen werden, selbst wenn ihnen das im Augenblick nicht bewusst ist.

Aber warum „Das Klavier“? Das Foto zeigt, was mir als erschütterndste Erinnerung von damals im Gedächtnis geblieben ist. Das Spielzeug überlebte ... das Kind nicht. Warum durfte das in Europa im Jahr 2014 geschehen?“

### Ein Versprechen

„Am 1. Oktober 2014 berichteten örtliche Quellen der SMM vom Beschuss einer Schule in einem der nördlichen Bezirke der Stadt Donezk. Beobachter wurden zum Schauplatz entsandt. Wir sahen mehrere heiße Raketengehäuse, die vor einer Volksschule aus dem Boden ragten. Trümmer lagen herum. Vor dem Haupteingang der Schule lagen die Leichen von zwei älteren Personen. Eine davon war ein Lehrer, die andere der Großvater eines Schülers, wie wir später erfuhren. Wir gingen in den Keller, wo wir Dutzende verstörte Schulkinder mit ihren Eltern vorfanden. Eine Frau zeigte uns eine kleine grüne Plastiktasche mit einem

Kopftuch darin und sagte, das sei alles, was ihr geblieben sei, und sie habe wegen des ununterbrochenen Artilleriefeuers seit Tagen nichts gegessen. Viele andere stellten die Sinnhaftigkeit der SMM infrage. Einige warfen ihr vor, sie sei unfähig, dem Konflikt Einhalt zu gebieten.

Inmitten dieser herzzerreißenden Szene – der Schmerz verstärkt durch das Entsetzen in den Augen der verängstigten Kinder – sagten wir ihnen, wir seien da, um der Welt von ihrem Leid zu berichten, vor der Welt zu bezeugen, dass es keinen lauterer Ruf nach Frieden gebe als das Schweigen eines Kindes im Keller einer Schule, in dem es vor dem Bombenhagel Schutz gesucht hat. Dann gingen wir nach draußen und sahen sechs weitere Leichen in der Nebenstraße liegen: einen Mann mit einem Laib Brot unter dem Arm, eine Frau bei einer Bushaltestelle, zwei verkohlte Leichen in einem Kleinbus, der von einer der Raketen getroffen worden war, und zwei ältere Männer vor ihrem zerstörten Kleinbus. Dann setzte der Beschuss wieder ein und wir mussten uns Deckung suchen.

Noch am selben Tag schrieben wir einen Spot-Bericht über den Zwischenfall, der bald darauf von der OSZE-Zentrale in Wien veröffentlicht wurde. Viele Delegationen und führende Politiker weltweit reagierten auf die von uns gelieferte Information. Wir hatten die Aufmerksamkeit der Welt auf den Zwischenfall gelenkt und hofften aufrichtig, damit dem Versprechen nachgekommen zu sein, das wir den verstörten Kindern und ihren Eltern in dem Keller gegeben hatten.“

## Ein Dorf an der Front wird nicht vergessen

„Anfang März besuchte ein OSZE-Beobachterteam das Dorf Donezkij in der Oblast Luhansk. Es liegt direkt an der Kontaktlinie in der Nähe der Stadt Kirowsk und wurde während des Konflikts immer wieder beschossen. Dabei wurden fast alle Gebäude im Ort beschädigt, auch die Schule, die Klinik, das Feuerwehrhaus und das Gemeinderatsgebäude. Den Beobachtern bot sich ein Bild der Verwüstung. Zerborstene Fenster, eingestürzte Dächer.

Die Dorfbewohner erzählten ihnen, dass die größten Schäden im Zuge der Kampfhandlungen Ende Januar entstanden seien. Von den 3 500 Bewohnern vor Ausbruch des Konflikts seien nur etwa 500 geblieben. Die Gas- und Stromversorgung sei unterbrochen und Wasser müsse mit Tankwagen herbeigeschafft werden. Die Menschen lebten in Kellern ohne die grundlegendsten Versorgungsdienste. Mangels Heizung hätten die Bewohner vor den Wohnhäusern Feuerstellen für die Zubereitung ihrer Mahlzeiten improvisiert. Essen werde auch in einer Suppenküche ausgegeben, die von den Streitkräften der sogenannten „Volksrepublik Luhansk“ („LPR“) mit Lebensmitteln beliefert werde.

Als weitere Erschwernis für die örtliche Bevölkerung wurde eine Brücke auf der Straße nach Kirowsk zerstört, so dass das Dorf nur über schlammige Feldwege erreichbar ist. Angst macht den Bewohnern außerdem der Beschuss durch Heckenschützen in den Randgebieten der Siedlung und die Minengefahr. Dennoch trotzen

die Bewohner allen Widrigkeiten. Einige haben als Zeichen ihres Durchhaltewillens an die Türen ihrer zerstörten Wohnhäuser die Worte „Wir leben“ geschrieben.

In Ortschaften an der Front wie Donezkij zu gelangen, war vor der Waffenruhe nach Unterzeichnung des Minsker „Maßnahmenpakets für die Umsetzung der Minsker Vereinbarungen“ am 12. Februar in Minsk außerordentlich schwierig. Die Dorfbewohner sagten den OSZE-Beobachtern, sie seien die ersten internationalen Vertreter, die gekommen waren. Sie baten sie um dringend benötigte Hilfe.

Die SMM berichtete über die Situation und informierte auch Vertreter des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz (IKRK) über die Zustände in Donezkij. Kurz danach begab sich ein Team des IKRK in das Dorf, um sich ein Bild von der Lage zu machen und humanitäre Soforthilfe zu leisten, unter anderem in Form von medizinischer Versorgung und von Plastikfolien als provisorischer Ersatz für geborstene Fensterscheiben.

Am 15. März besuchten OSZE-Beobachter erneut das Dorf. Die Lage war nach wie vor äußerst schwierig, doch die Menschen waren dankbar, dass man auf ihre Situation aufmerksam geworden war und sie Hilfe vom IKRK erhalten hatten. Langsam kehrten auch einstige Dorfbewohner zurück. Die SMM hat seither mehrmals im Dorf nach dem Rechten gesehen.“

## Versuchte Erleichterung einer Waffenruhe vor Ort

„Am 16. März 2015 nahm ein Kommandeur der sogenannten „LPR“-Verteidigungskräfte am Grenzübergang Donezk in der Russischen Föderation Kontakt mit der OSZE-Beobachtermission an den russischen Grenzposten Gukowo und Donezk auf. Er ersuchte sie, die SMM über seinen Wunsch zu unterrichten, mit den Beobachtern der Mission die Verletzungen der Waffenruhe in seinem Bereich der „Kontaktlinie“ zu besprechen. Seine Nachricht wurde an die SMM-Gruppe in Luhansk weitergeleitet, die den Kommandeur daraufhin anrief.

Er erklärte ihnen am Telefon, dass es in der Nähe der Dörfer Frunse, Donezkij und Scholobok (rund 40 Kilometer nordwestlich von Luhansk) regelmäßig zu Verletzungen der Waffenruhe über die „Kontaktlinie“ hinweg komme. Der Grund hierfür seien seiner Meinung nach Unklarheiten über den genauen Verlauf der „Kontaktlinie“ am Boden, da die am 21. Februar von beiden Seiten vereinbarte „Kontaktlinie“ auf der Landkarte zu dick eingezeichnet sei und die ukrainischen Einheiten auf der anderen Seite ständig versuchten, sie weiter hinauszuschieben. Die Beobachtergruppe erklärte sich zu einem persönlichen Treffen bereit, um die Angelegenheit weiter zu erörtern.

Bei der Begegnung am nächsten Tag in Stachanow sagte der „LPR“-Kommandeur, er wolle mit dem ukrainischen Kommandeur auf der anderen Seite sprechen, um mit ihm eine für ihren geografischen Bereich gültige Vereinbarung zur Klärung des genauen Verlaufs der Linie vor Ort zu treffen. Die OSZE-Beobachter stimmten zu, diesen Vorschlag an die ukrainischen Streitkräfte weiterzuleiten, mit denen die Mission in täglichem Kontakt stand, und, vorbehaltlich der Zustimmung der ukrainischen Seite, ein Treffen zwischen dem örtlichen „LPR“- und dem ukrainischen Kommandeur an der Kontaktlinie zu vermitteln, um eine solche örtliche Vereinbarung zu erreichen.

Nach einigen Diskussionen zwischen der OSZE-Beobachtergruppe und den ukrainischen Streitkräften auf Ebene des Bataillons, der Brigade und des für den Abschnitt zuständigen Hauptquartiers vor Ort stimmte die ukrainische Seite einem Treffen am 20. April zu.

Nachdem die SMM-Gruppe der OSZE Sicherheitsgarantien von beiden Seiten verlangt und erhalten hatte, schickte sie am vereinbarten Tag Patrouillen in ihren gepanzerten Fahrzeugen gleichzeitig aus dem Norden und dem Süden

der „Kontaktlinie“ los. Während die OSZE-Patrouille mit dem „LPR“-Kommandeur in sicherer Entfernung südlich der „Kontaktlinie“ wartete, erhielt sie einen Anruf von ihren OSZE-Kollegen, die gegenseitig auf der nördlichen Seite der „Kontaktlinie“ auf das Erscheinen des ukrainischen Kommandeurs warteten. Diese gab bekannt, ihr sei soeben vom Hauptquartier der „Antiterrorismus-Operation“ mitgeteilt worden, die ukrainische Seite werde nicht an dem Treffen teilnehmen, da die „LPR“ in der Nacht zuvor in den von der Regierung kontrollierten Gebieten um Stanyzja Luhanska, 16 km nordöstlich von Luhansk, und Krimyske, 5 km nordwestlich des Treffpunkts, unter Einsatz von Kleinwaffen und Artillerie angeblich die Waffenruhe verletzt habe.

Dieses Treffen fand also nie statt, trotzdem führt die OSZE-Beobachtergruppe weiter bilaterale Gespräche mit beiden Seiten, setzt sich für Begegnungen zwischen ihnen ein und patrouilliert regelmäßig zu beiden Seiten der „Kontaktlinie“, in dem Bemühen, örtliche Spannungen abzubauen und Verletzungen der Waffenruhe möglichst zu verhindern.“

### **Schutz der Rechte einer Minderheitengruppe**

„Neben ihrer Überwachungstätigkeit bemüht sich die SMM der OSZE auch, den Schutz der Menschenrechte zu gewährleisten, insbesondere für Binnenvertriebene (IDPs), Minderheiten und Personen, die beiden Gruppen angehören.“

In einer Stadt in unserem Zuständigkeitsbereich in der Nähe von Kramatorsk ging bei uns eine Beschwerde von binnervertriebenen Roma ein. Sie erklärten, man verlange von ihnen die Zahlung einer Gebühr von mehreren Hundert ukrainischen Hrywnja an bestimmte Polizeibeamte. Wir sprachen mit den Roma, ihren Vertretern und der Polizei. Kurze Zeit später gab der Polizeichef das Geld zurück und entschuldigte sich persönlich bei den Roma. Die betreffenden Polizisten wurden gemäßregelt und versetzt, wo ihnen ein anderer Aufgabenbereich zugewiesen wurde.

Vielleicht wird unser Erfolg eines Tages daran gemessen werden, welche Veränderungen wir bewirken konnten, in Fällen wie diesem, ein kleiner Schritt nach dem anderen.“ ■

---

# Zurück zum Geist von Helsinki – 40 Jahre Schlussakte von Helsinki

von Lamberto Zannier



Foto: Tschechische Nachrichtenagentur

Am 1. August 1975 begann in der finnischen Hauptstadt Helsinki ein Unterfangen, dessen Verwirklichung 40 Jahre in Anspruch nehmen sollte: die Schaffung eines umfassenden und inklusiven Rahmens für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa. In einer historischen Demonstration von multilateralem Konsens bekannten sich 35 Staatschefs (der NATO-Länder, der Länder des Warschauer Paktes, der neutralen und nicht paktgebundenen Staaten) in der Schlussakte von Helsinki 1975 zu einem Dialog zum Nutzen aller, mit dem Ziel, die Ost-West-Spaltung zu überwinden, von der bloßen „Détente“ zu einer tatsächlichen „Annäherung“ zu gelangen. Aus diesem Bekenntnis entstand schließlich in den 1990er Jahren die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE), die heute größte regionale sicherheitspolitische Abmachung im Sinne von Kapitel VIII der Charta der Vereinten Nationen.

Die Unterzeichnung der Schlussakte von Helsinki beendete zwar den Kalten Krieg nicht, leitete jedoch eine revolutionäre Wendung zu seinem Ende ein – durch Offenheit und Zusammenarbeit. Die Teilnehmerstaaten kamen in der Folge überein, militärische Informationen auszutauschen und einander über Truppenbewegungen, militärische Aktivitäten und Manöver zu informieren. Die Unterzeichner erkannten auch an, dass wahre Sicherheit mehr bedeutet als die Freiheit von Krieg, nämlich auch wirtschaftliches Wohl, eine gesunde Umwelt und die Achtung der

Menschenrechte und Grundfreiheiten. Helsinki setzte einen geduldig und mit zielgerichteter Beharrlichkeit verfolgten Prozess des Friedensdialogs in Gang, der zum Markenzeichen der OSZE werden sollte.

Die OSZE ist seither ein wichtiger Akteur für die Förderung der Stabilität in Europa. Sie half mit, die Kriege im ehemaligen Jugoslawien zu beenden, und unterstützt die Länder in der Region auch heute noch mit Aktivitäten zur Förderung der Aussöhnung und der regionalen Zusammenarbeit, demokratischer Institutionen und der Rechtsstaatlichkeit. In Gegenden wie Transnistrien, Berg-Karabach und Südossetien, wo schwelende Konflikte weiter eine friedliche Entwicklung behindern, fungiert die OSZE als Vermittler auf der Suche nach friedlichen Lösungen. Und da im Leben der Menschen Sicherheit mehr ist als nur die Beilegung militärischer Konflikte, hat es sich die Organisation auch zur Aufgabe gemacht, den Zugang zu einer ganzen Reihe von Grundbedürfnissen zu fördern: sauberes Wasser, Bildung und freie Wahlen, Zugang zum Recht, Gleichberechtigung der Geschlechter und ein Leben ohne Diskriminierung und Schikanen. Mit ihrem Netz von Feldoperationen verfügt die OSZE über ein einzigartiges Werkzeug zur Durchführung von Projekten, die die Sicherheit erhöhen, die Zusammenarbeit stärken und das Leben der Menschen verbessern.



Mit dem Auftauchen neuer Sicherheitsbedrohungen haben sich auch die Arbeitsschwerpunkte der OSZE verlagert. Neben den altbekannten Herausforderungen befasst sich die OSZE in zunehmendem Maße mit Problemen, die sich über nationale Grenzen hinweg stellen: Cyberkriminalität, Terrorismus, illegaler Handel, Korruption oder Migration. In einer globalisierten Welt ist es unabdingbar, starke Partnerschaften mit den Vereinten Nationen und anderen internationalen Organisationen zu bilden. Wir verstärken auch weiter die engen Kontakte zu unseren Kooperationspartnern im Mittelmeerraum und in Asien.

Mehrere OSZE-Institutionen und -Organe unterstützen gemeinsam die OSZE-Teilnehmerstaaten bei der Umsetzung ihrer Verpflichtungen, unter ihnen das Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte, der Beauftragte für Medienfreiheit, der Hohe Kommissar für nationale Minderheiten und die Parlamentarische Versammlung. Sie alle arbeiten Hand in Hand, um eine Beilegung des Konflikts in der und um die Ukraine zu erleichtern. Die Trilaterale Kontaktgruppe, an der die OSZE teilnimmt, verhandelt über praktische Maßnahmen zur Beendigung der Kampfhandlungen und sucht Lösungen für eine bestandfähige politische Beilegung des Konflikts. Die im März 2014 entsandte Sonderbeobachtermission in der Ukraine beobachtet und berichtet über die Lage im ganzen Land und überwacht im Osten eine brüchige Waffenruhe unter oft gefährlichen Bedingungen. Der OSZE-Projektkoordinator in der Ukraine, eine seit 15 Jahren in Kiew stationierte Feldpräsenz, unterstützt die Regierung bei Reformen und beim nationalen Dialog.

In der Vorstellung der Unterzeichner der Schlussakte von Helsinki sollte die Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa auf zehn Grundprinzipien beruhen, dem sogenannten Helsinki-Dekalog: souveräne Gleichheit, Enthaltung von der Anwendung von Gewalt, Unverletzlichkeit der Grenzen, territoriale Integrität, friedliche Regelung von Streitfällen, Nichteinmischung in innere Angelegenheiten, Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten, Gleichberechtigung und Selbstbestimmungsrecht der Völker, Zusammenarbeit zwischen den Staaten und Erfüllung völkerrechtlicher Verpflichtungen nach Treu und Glauben.

Seit 40 Jahren bilden diese Prinzipien die Grundlage der europäischen Sicherheitsordnung. Die Feststellung in der Schlussakte von Helsinki, dass ein jedes von ihnen von grundlegender Bedeutung ist und unter Beachtung der anderen ausgelegt wird, gibt die Richtung für den Dialog zwischen den nunmehr 57 OSZE-Teilnehmerstaaten vor.

Die Krise in der und um die Ukraine, die schon über 6 000 Menschenleben gefordert hat, erinnert uns auf tragische Weise daran, dass die Einhaltung dieser Prinzipien noch immer nicht zur Selbstverständlichkeit geworden ist. Wir müssen mit noch mehr Nachdruck auf ihre Berechtigung verweisen und ihre Umgehung erschweren. Wir müssen mit vereinten Kräften den Geist von Helsinki wiederaufstehen lassen und uns ein Beispiel an den Staatsmännern von vor 40 Jahren nehmen, die den Mut hatten, sich an einen Tisch zu setzen und ohne absehbare Aussicht auf Erfolg einen Dialog aufzunehmen, um einen neuen Krieg zu verhindern.

Vielleicht sehen wir noch nicht den Anbruch, so doch das Heraufdämmern eines neuen Zeitalters in der europäischen Sicherheit. Schwierige Fragen beginnen sich herauszukristallisieren, Fragen, die unsere Vorväter in Helsinki vielleicht nicht stellen konnten. Doch heute verfügen wir, wie die Reaktion der OSZE in der Ukraine bewiesen hat, über Erfahrungen und Instrumente, die unsere Gründerväter nicht hatten. Nun braucht es, so wie damals, mutige Männer und Frauen, die sich auf eine Diskussion mit ungewissem Ausgang einlassen, um sicherzustellen, dass der Vorhang, der sich 1975 in Helsinki über der Sicherheit in Europa hob, offen bleibt. ■

---

Lamberto Zannier ist Generalsekretär der OSZE.

---

# Der Helsinki-Dekalog: Wo alles begann

*Die in der Schlussakte von Helsinki aufgeführten zehn „Prinzipien, die die Beziehungen der Teilnehmerstaaten leiten,“ hatten ein offensichtliches Vorbild, nämlich einen Prinzipienkatalog, den die Vereinten Nationen einige Jahre zuvor verabschiedet hatten: die „Erklärung über Grundsätze des Völkerrechts betreffend freundschaftliche Beziehungen und Zusammenarbeit zwischen den Staaten im Einklang mit der Charta der Vereinten Nationen“ (24. Oktober 1970). Doch der „Helsinki-Dekalog“ geht auch auf eine andere, weniger bekannte Quelle zurück – auf Gespräche zwischen der Sowjetunion und Frankreich, die in den 1960er Jahren begannen. In diesem Ausschnitt aus einem Interview, das von der OSZE erstmals in CSCE Testimonies: Causes and Consequences of the Helsinki Final Act 1972 1989 veröffentlicht wurde, erzählt der sowjetische Diplomat Juri Dubinin (1930-2013) von seiner Mitarbeit an einem Dokument mit dem Titel „Grundsätze der Zusammenarbeit zwischen der Sowjetunion und Frankreich“. Den Anstoß dazu hatte ein für 1971 geplanter Besuch Breschnews in Frankreich gegeben, von dem man sich „signifikante Ergebnisse“ erhoffte, „die eine dramatische Wende in Bezug auf Détente und Frieden in Europa einleiten würden“.*

„Man darf nicht vergessen, dass damals in Europa der Kalte Krieg herrschte! Es war weder die Berlin-Frage noch die Frage eines geteilten Deutschlands gelöst, und zwei riesige militärische Blöcke standen einander an einer umstrittenen Grenze gegenüber. Also schlugen wir den Franzosen vor, Grundsätze der Zusammenarbeit auszuarbeiten: Wir sagten ihnen: ‚Ihr seid NATO-Mitglied, wir gehören zum Warschauer Pakt, lasst uns also Leitlinien für den Aufbau der Beziehungen zwischen zwei Staaten unter diesen Bedingungen entwerfen.‘ Wir sahen darin ein langfristiges Projekt, das nicht nur unsere Beziehungen zu Frankreich auf eine verlässliche Grundlage stellen, sondern vor allem ein Prototyp für künftige Beschlüsse einer möglichen gesamteuropäischen Konferenz sein sollte. Ein weiterer Aspekt dieses Vorschlags war, dass wir unsere Vorstellungen mit einem der Hauptakteure und wichtigsten Staaten Westeuropas besprechen würden. Frankreich hatte sich damals gerade aus dem integrierten Militärkommando der NATO zurückgezogen, war aber Bündnispartner geblieben.

Die Franzosen nahmen diesen Vorschlag bereitwillig an. Die Vorarbeiten sollten in Moskau stattfinden und vor Breschnews Abreise nach Paris abgeschlossen werden. Gromyko legte diesen Vorschlag zur Zusammenarbeit Breschnew vor, der ihn billigte. Gromyko spielte also

insofern eine führende Rolle in den Verhandlungen, als er diese Idee von allem Anfang an unterstützte. Der Entwurf zu diesem Dokument wurde kurz vor der Abreise Breschnews nach Frankreich der Führung unterbreitet und von dieser genehmigt.

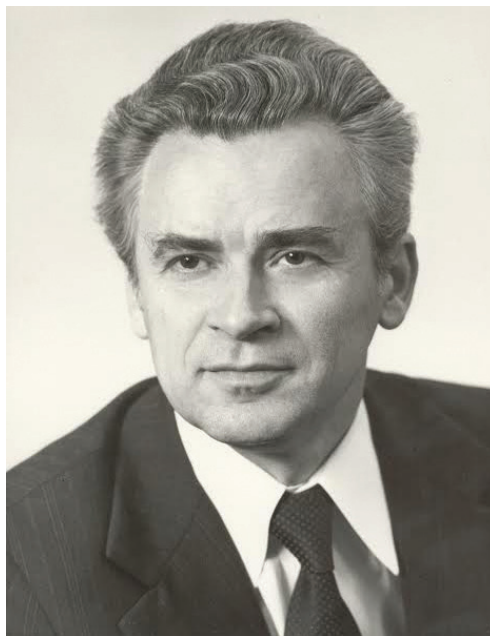


Foto: Privatarchiv  
Juri Wladimirowitsch Dubinin

Die Diskussionen gestalteten sich von Anfang an schwierig, außerordentlich schwierig. Später, nachdem Gromyko sich eingeschaltet hatte, ging man zu einem unüblichen Verhandlungsmodus über. Die Franzosen betrauten ihren Botschafter in Moskau, Roger Seydoux, einen hervorragenden Diplomaten, mit der Fortsetzung der Verhandlungen in unserer Hauptstadt. Er stand in direktem Kontakt mit hohen Beamten in unserem Außenministerium und im Handumdrehen einigte man sich auf fast alles, was uns am Herzen lag. Solche Dinge konnte man nicht per Telegramm erledigen, deshalb erwiesen sich direkte Verhandlungen als viel wirksamer.

Das Hauptproblem lag in der Definition des Katalogs von Prinzipien, die die Beziehungen zwischen den europäischen Staaten regeln könnten. Unsere Absicht war es nicht, Prinzipien für die Zusammenarbeit zu formulieren, die sich nur zwischen der Sowjetunion und Frankreich anwenden ließen, sondern sie sollten für alle europäischen Staaten als Beispiel dienen können. Deshalb nahmen wir einen eigenen Abschnitt auf, in dem diejenigen Prinzipien aufgeführt waren, auf denen die Beziehungen zwischen allen europäischen Staaten beruhen mussten. Darauf zielte unser Plan in erster Linie ab. Wie ich schon sagte, dachten wir an etwas wirklich Zukunftsträchtiges, an die Konferenz selbst, an eine mögliche Mustervorlage für das Schlussdokument und an Dinge, die damals schwer konkret angesprochen werden konnten.

Für uns lag die wichtigste Aufgabe darin, die Formulierung der Prinzipien zur Regelung der Beziehungen zwischen den europäischen Ländern zu entwerfen und sie dann weiterzuentwickeln sowie vorweg sicherzustellen, dass diese Grundsätze genauestens eingehalten würden. Sie mussten allgemeingültig angelegt sein, um die Sicherheit in Europa zu stärken und zu bewahren.

Moskau hatte diesbezüglich genaue Vorstellungen, nämlich dass der Grundsatz der Unverletzlichkeit der Grenzen das Hauptthema sein müsse. Also begannen wir vor allem diese Frage zu erörtern und konnten feststellen, dass zwischen uns dazu ein solides und tiefgehendes politisches Einvernehmen bestand.

In den Diskussionen einigten wir uns auf einen Satz von fünf Prinzipien und verständigten uns auch auf deren Wortlaut. Wir schlugen vor, die Unverletzlichkeit der Grenzen zum Leitprinzip zu machen, gefolgt von den Prinzipien Nichteinmischung in innere Angelegenheiten, Gleichberechtigung, Unabhängigkeit und Enthaltung von der Androhung oder Anwendung von Gewalt.

Die Franzosen hatten keinen Einwand gegen die Formulierung des Grundsatzes der Unverletzlichkeit, doch sollte er unter keinen Umständen an vorderster Stelle stehen. Sie stimmten einer Nummerierung zu, jedoch unter der Bedingung, dass die Unverletzlichkeit der Grenzen nicht an erster Stelle stehe! Die Reihung dieser Prinzipien war in unseren diplomatischen Gesprächen von größter Bedeutung und stand oft im Mittelpunkt unserer Diskussionen über verschiedene inhaltliche Fragen. Doch Paris ließ darüber nicht mit sich reden und es kam im Zuge der Verhandlungen manchmal zu hitzigen Debatten.

Ich erinnere mich an den Tag, als nach langen Verhandlungen zwischen Gromyko und Seydoux endlich eine Lösung in Sicht war. Mitternacht war längst vorüber, es wurde langsam hell und die verhärteten Standpunkte wurden unnachgiebiger und unerfreulicher. Gromyko wiederholte ein ums andere Mal seine Argumente für das von uns angestrebte Leitprinzip.

Dann hörte er sich an, was die Franzosen zu sagen hatten, um gleich wieder seine Argumente vorzubringen. Der französische Botschafter Roger Seydoux hatte bei den Vereinten Nationen als Ständiger Vertreter gearbeitet. Er wusste deshalb, dass man auf verschiedene organisatorische Optionen zurückgreifen kann, um schwierigen Problemen beizukommen, die sich in einer endlosen Sitzung immer weiter in die Länge ziehen, und sagte daher: ‚Überlassen wir diese Frage Dubinin und dem nächsthöheren Diplomaten in meiner Botschaft. Die Beiden können in ein anderes Büro gehen und daran arbeiten, wir haben eine lange Liste mit anderen Themen, mit denen wir uns befassen müssen. Lassen wir sie über eine Lösung dieser Frage nachdenken. Dann sollen sie zu uns zurückkommen und eine Option vorschlagen, die für uns beide annehmbar ist,‘ und Gromyko stimmte zu.

Wir wurden in ein angrenzendes Büro geschickt. Es war ruhig, ca. 3 Uhr früh, und man brachte uns heißen Tee. Ich ging in Gedanken alle einzelnen Argumente durch, die wir den ganzen Tag und die ganze Nacht lang diskutiert hatten, aber nachdem der Tee serviert worden war, entspannte ich mich langsam und bemerkte, dass auch mein Kollege seine Fassung wiederfand. Ich machte den Vorschlag: ‚Wir haben fünf Prinzipien. Streichen wir alle Nummern weg und ersetzen wir sie durch Anstriche. Ein Anstrich, gefolgt von einem Prinzip, und das Problem ist gelöst! Könnte Frankreich auf dieser Basis nicht zustimmen, die ‚Unverletzlichkeit der Grenzen‘ hinter den ersten Anstrich zu setzen? Sie ist ein Prinzip wie jedes andere. Der nächste Anstrich könnte dann zum Beispiel die ‚Nichteinmischung in innere Angelegenheiten‘ sein.

Er dachte kurz nach, trank einen Schluck Tee und antwortete: ‚Das könnte funktionieren. Aber ich meine, Sie sollten damit nicht gleich zu Ihrem Minister rennen. Lassen Sie uns lieber erst unseren Tee trinken und ein bisschen über dies und jenes plaudern. Sonst sieht es so aus, als wären wir zu schnell zu einer Einigung gelangt.‘

Also gingen wir nach einer Weile hinüber und lasen Gromyko und Seydoux unsere Lösung vor. Gromyko nickte zustimmend und sagte: ‚Gut, dem kann ich zustimmen.‘ Der Entwurf wurde nach Paris geschickt

und am nächsten Morgen kam die Antwort: ‚Text angenommen‘. Das Problem war somit gelöst.

Lassen Sie mich nun erzählen, wozu das alles einige Jahre später auf der eigentlichen Konferenz führte, als die Schlussakte formuliert wurde. In der Schlussakte wurde aus den Prinzipien der Zusammenarbeit eine Erklärung über die zehn Prinzipien, von denen sich die Teilnehmerstaaten in ihren gegenseitigen Beziehungen leiten lassen sollten.

Das heißt, dass unsere Vorstellungen von allen Teilnehmerstaaten akzeptiert worden waren. Aber wie in den 1960er Jahren waren wir wieder mit der Frage konfrontiert, die sich auch in unseren Verhandlungen mit den Franzosen gestellt hatte: Welches Prinzip ist das wichtigste? Und wie sollen diese Prinzipien dargelegt werden? Wir beschlossen, mit einem Einleitungssatz zu beginnen, der etwa so lauten sollte: ‚Alle hier genannten Prinzipien sind von grundlegender Bedeutung – also alle die Nummer eins. Daher sollten sie einheitlich und gewissenhaft ohne irgendeine Rangordnung angewendet werden und jedes Prinzip versteht sich als untrennbarer Teil aller anderen. Kein einzelnes Prinzip kann über den anderen stehen.‘

Wenn Sie einen Blick in die Begleitdokumente werfen, werden Sie sehen, dass darin genau dieser Gedanke, vielleicht allgemeiner formuliert, zum Ausdruck kommt, aber ich erinnere mich, dass ein sehr ähnlicher Satz in den Text der Schlussakte der KSZE aufgenommen wurde.“

*Der sowjetische Diplomat Juri Wladimirowitsch Dubinin (1930 -2013) begleitete alle drei Phasen der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (in Dipoli, Genf und Helsinki) als Berater und Mitglied der sowjetischen Delegation. Als Vorsitzender des Schlussplenums der zweiten Phase in Genf war er es, der durch den Schlag seines Hammers verkündete, dass Konsens zum Entwurf der Schlussakte von Helsinki erreicht wurde.‘*



OSCE Testimonies: Causes and Consequences of the Helsinki Final Act 1972 – 1989 (herausgegeben vom Büro des OSZE-Sekretariats in Prag, 2013) S. 185 ff.

# Zeit für eine neue OSZE-Strategie?

von Spencer Oliver und Maria Chepurina

Im Dezember 2012 verabschiedete der OSZE-Ministerrat in Dublin einen Beschluss, mit dem der Helsinki +40-Prozess als ein „Bemühen“ eingeleitet wurde, „unsere Zusammenarbeit in der OSZE auf dem Weg in das Jahr 2015, in dem wir den vierzigsten Jahrestag der Unterzeichnung der Schlussakte von Helsinki begehen,“ durch einen „politischen Anstoß“ weiter zu verstärken.

Im Sinne dieser Empfehlung brachte die Parlamentarische Versammlung der OSZE (OSZE/PV) im September 2013 ihr Helsinki+40-Projekt auf den Weg. Führende Persönlichkeiten der OSZE/PV, prominente Denkfabriken mit OSZE-Expertise, Diplomaten – unter ihnen auch ehemalige Diplomaten, die den Helsinki-Prozess von Beginn an begleitet hatten – und Vertreter der Zivilgesellschaft nahmen eine Standortbestimmung vor und machten sich Gedanken über mögliche neue Instrumente und Methoden, die den Weg in die Zukunft ebnen können.

## Die Rolle der OSZE bei der Festigung der Sicherheit in Europa

Das ganze Projekt hindurch war die Krise in der Ukraine das alles beherrschende Thema. Die Organisation hatte in den letzten 20 Jahren zwar schon andere ernste Schwierigkeiten und Zweifel an ihrer Bestimmung und politischen Relevanz erlebt, doch die gegenwärtige Krise ist eine Bewährungsprobe, die ihre Stärken und Schwächen ans Licht bringt.

Einerseits hat sich die OSZE als einzige von allen Konfliktparteien akzeptierte internationale Organisation erwiesen, die sich um eine politische Lösung der Krise bemüht. Die OSZE ist nötiger denn je und hat in dieser Krise gezeigt, dass sie im Laufe der Jahre ein vielfältiges Instrumentarium für den Umgang mit Krisensituationen entwickelt hat, auch wenn dessen Nutzen durch die zwingende Konsensregel im Ständigen Rat erheblich eingeschränkt wird.

Die Krise hat also vorübergehend die Sichtbarkeit der OSZE erhöht, aber auch ihre Schwächen zum Vorschein gebracht, wie den Mangel an wirksamen Instrumenten, das begrenzte Mandat und die zeitraubenden Beschlussfassungsverfahren. Und der vorhandene Konfliktverhütungsmechanismus der OSZE hat es nicht geschafft, die Krise zu verhindern oder im Keim zu ersticken.

## Stärkere Institutionen

Ein Teil der Lösung könnte darin bestehen, die OSZE-Institutionen durch die Vergrößerung der Unabhängigkeit und des Handlungsspielraums zu stärken, der nicht länger durch das Gebot eines vorweg einstimmig gefassten Beschlusses des Ständigen Rates eingengt wird. Dazu könnten unter anderem eine

verstärkte Mediation und multilaterale Überprüfung oder Tatsachenfeststellung gehören, etwa auch im Rahmen des Wiener Dokuments (des wichtigsten Katalogs der OSZE von vertrauens- und sicherheitsbildenden Maßnahmen im militärischen Bereich). Diese Aktivitäten könnten von OSZE-Institutionen gemeinsam unternommen werden

Die OSZE/PV könnte in solche Aktivitäten enger eingebunden werden, indem sie zum Beispiel mit Erkundungs- und Vermittlungsmissionen betraut wird. Das Konfliktverhütungszentrum könnte weiter gestärkt werden, etwa durch die Einrichtung einer zivilen Krisenreaktionsfähigkeit – einer Liste abrufbereiter Militärexperten, die im Krisenfall eine zivile Mission verstärken könnten.

Die erste und wichtigste Aufgabe der OSZE ist es, auf eine politische Beilegung der Ukraine-Krise hinzuarbeiten, basierend auf der Achtung der Souveränität und territorialen Integrität des Landes, wie sie im Dekalog von Helsinki verankert sind. Sie ist die Grundvoraussetzung für die Wiederherstellung des gegenseitigen Vertrauens im OSZE-Raum. Es muss allen OSZE-Teilnehmerstaaten daran gelegen sein, dass in diesem Raum kein weiterer Langzeitkonflikt entsteht. Es darf nichts unversucht bleiben, um sicherzustellen, dass die Ukraine nicht zu einer neuen Berliner Mauer zwischen Russland und dem Westen wird.

Wie der Präsident der Vereinigten Staaten, Gerald Ford, bei der Unterzeichnung der Schlussakte von Helsinki 1975 sagte, wird „die Geschichte diese Konferenz nicht daran messen, was wir heute sagen, sondern an dem, was wir morgen tun – nicht an den Versprechungen, die wir machen, sondern an den Versprechungen, die wir halten“.

*Spencer Oliver ist Generalsekretär der Parlamentarischen Versammlung der OSZE. Maria Chepurina ist Programmreferentin der Parlamentarischen Versammlung der OSZE.*

*Das Helsinki+40-Projekt der OSZE/PV wurde gemeinsam mit dem russischen Rat für internationale Angelegenheiten in Moskau, dem German Marshall Fund in Washington, D.C., dem schwedischen Institut für internationale Angelegenheiten in Stockholm, dem dänischen Institut für internationale Studien in Kopenhagen, dem Belgrade Fund for Political Excellence in Belgrad und dem finnischen Institut für internationale Angelegenheiten in Helsinki durchgeführt. Die Ergebnisse wurden am 6. Juli 2015 auf der Jahrestagung der OSZE/PV in Helsinki vorgestellt.*

Mehr dazu unter [www.oscepa.org](http://www.oscepa.org)

---

# Die OSZE – ein Vorbild für Asien



## Interview mit Shin Dong-ik, dem Stellvertretenden Minister für multilaterale und globale Angelegenheiten im Ministerium für auswärtige Angelegenheiten der Republik Korea

### Wie sehen Sie die Rolle der Republik Korea als Kooperationspartner der OSZE?

Die Republik Korea hat von ihrer aktiven Teilnahme als Kooperationspartner in Asien in den letzten beiden Jahrzehnten sehr profitiert. Wir haben uns in unserem Bemühen um den Entwurf einer Vision für eine Sicherheitskooperation in Nordostasien sehr am Vorbild OSZE orientiert.

Die Mittelmacht Korea liegt zwischen vier Großmächten – China, Japan, Russland und den Vereinigten Staaten. Unsere Nachbarn haben mit Herausforderungen und Spannungen zu kämpfen. Die Halbinsel Korea ist noch immer zweigeteilt und die atomaren Ambitionen Nordkoreas stellen nach wie vor eine gravierende Bedrohung für die Region dar. Die sicherheitspolitische Lage sieht auf den ersten Blick alles andere als vielversprechend aus. Und doch könnte in dieser Region viel erreicht werden, wenn es uns gelänge, einen

multilateralen Sicherheitsmechanismus zu schaffen. Stabilität in Nordostasien würde der Sicherheit und Prosperität weltweit sehr zugute kommen.

Die OSZE hat uns vor Augen geführt, wie wir mithilfe des Sicherheitskonzepts der drei „C“ common, comprehensive und co-operative (gemeinsam, umfassend und kooperativ) einen solchen Sicherheitsmechanismus schaffen könnten. Sie hat uns auch gelehrt, dass Konflikte selbst in einer langen Geschichte der Konfrontation und Feindschaft niemals unvermeidbar sind und dass es durch vertrauensbildende Maßnahmen möglich ist, einen bestandfähigen Sicherheitsmechanismus unter einstigen Gegnern aufzubauen. Das, was die OSZE bisher in Europa erreicht hat, möchte die Republik Korea im Nordosten Asiens nachmachen. Ich bin davon überzeugt, dass die Republik Korea als Mittelmacht dabei die Rolle eines Vermittlers spielen kann, so wie es Finnland im Helsinki-Prozess getan hat.

Als OSZE-Partner trägt Korea zur Arbeit der Organisation, zu ihren Missionen und Programmen bei. Im letzten Jahr haben wir 100 000 EUR für die Sonderbeobachtermission in der Ukraine bereitgestellt und wir werden wie in den letzten vier Jahren auch in Zukunft zum Korea/OSZE-Kooperationsfonds beitragen.

Im veränderten Sicherheitsumfeld tun sich auch neue Bereiche der Zusammenarbeit auf. Der moderne Terrorismus mit seinen Phänomenen wie ausländische terroristische Kämpfer, Einzelkämpfer und gewalttätiger Extremismus bedroht heutzutage jeden Winkel der Welt. Und für viele Länder wurde auch die Cybersicherheit zu einer neuen, großen Sorge. Zu diesem Thema implementiert die OSZE bereits ein Paket von vertrauensbildenden Maßnahmen. Diese Erfahrung wird anderen Regionen, darunter auch Nordostasien, einen guten Bezugspunkt bieten und beiden Regionen Gelegenheit zur Zusammenarbeit geben.

Die Republik Korea hat viermal, zuletzt Anfang Juni, die OSZE/Asien-Konferenz in Seoul ausgerichtet. Gastgeber der Konferenz sein zu dürfen, hatte gerade in diesem Jahr eine besondere Bedeutung, begehrt doch die OSZE den vierzigsten Jahrestag der Schlussakte von Helsinki. Auch für mich persönlich war das besonders bedeutungsvoll, da ich schon 2001 für die Vorbereitung und Ausrichtung der ersten OSZE/Asien-Konferenz zuständig war.

### **Was können Sie uns von der Initiative für Frieden und Zusammenarbeit in Nordostasien Ihres Landes erzählen?**

Die Initiative für Frieden und Zusammenarbeit in Nordostasien (NAPCI) ist einer der Grundpfeiler der „Vertrauenspolitik“ von Präsidentin Park Geun-hye. Ein weiterer Pfeiler ist der Vertrauensbildungsprozess für die koreanische Halbinsel, der auf die koreanische Halbinsel fokussiert ist. NAPCI ist als ein multilateral eingebetteter subregionaler Kooperationsmechanismus gedacht. Bisher gab es in Nordostasien keine einzige Institution dieser Art.

Wie bereits gesagt, ist das sicherheitspolitische Umfeld in der Region nicht sehr günstig. Die Sechsparteiengespräche über die atomare Abrüstung der Demokratischen Volksrepublik Korea (DVRK) sind noch keinen Schritt vorangekommen. Nordkorea hat seine atomaren Ambitionen noch nicht aufgegeben und erachtet seine Kernwaffen- und Raketenprogramme als unverzichtbar für die Erhaltung seines Regimes. Das sind Kernfragen der Abrüstung und Nichtverbreitung. Länder in der Region haben mehrere Vorschläge für die Schaffung eines formellen Mechanismus für Sicherheitskooperation gemacht, die nie verwirklicht wurden, da es nicht leicht ist, an diese außerordentlich „harten“ sicherheitspolitischen Fragen direkt heranzugehen.

Auf der Suche nach gangbareren Optionen hielt es Präsidentin Park für realistischer und praktischer, zuerst „weiche“ Fragen zu erörtern. Nukleare Sicherheit, Cybersicherheit, Bergungs- und Hilfeinsätze bei Naturkatastrophen,

Energiesicherheit und die Umwelt zum Beispiel sind weniger heikle und strittige Fragen. Die meisten Länder sind an einer gemeinsamen Befassung mit diesen Problemen interessiert.

Zwischen den Ländern der Region besteht ein grundsätzliches Vertrauensdefizit. Daher ist es schwierig, die derzeit wieder zunehmenden jahrzehntelangen Spannungen in Bezug auf Geschichte, Territorium und maritime Sicherheit anzugehen. Es wäre wohl besser, mit der Erörterung praktischer Dinge, also „weicher“ sicherheitspolitischer Fragen zu beginnen. Durch eine Zusammenarbeit in diesen Fragen können wir den Grundstein zu einer Tradition der Zusammenarbeit und des Dialogs legen; und ich meine einen regelmäßigen Dialog.

Wir müssen auf Ebene der Regierung, der Zivilgesellschaft und der Wissenschaft regelmäßig zusammenkommen und unsere gemeinsamen Anliegen besprechen, eines nach dem anderen, Schritt für Schritt. Für uns stellt NAPCI eine prozessorientierte Initiative dar. Der Prozess selbst kann das Ziel sein. Haben wir einmal begonnen, eine gemeinsame Agenda zu besprechen, dann kann der Prozess selbst zum Aufbau von Vertrauen zwischen den Ländern führen.

Obwohl unsere Idee von anderen Ländern wie den Vereinigten Staaten, China und Japan unterstützt wird, stieß sie bei Nordkorea auf wenig Gegenliebe. Stattdessen unterstellt man dort, unsere Initiative sei politisch motiviert und man wolle damit das Regime destabilisieren. Nordkorea geht es in erster Linie um die Stabilität seines Regimes. Wir haben unsererseits zum gegenwärtigen Zeitpunkt nichts anderes im Sinn, als die Sicherheit und friedliche Koexistenz zu fördern, bis sich beide Seiten auf einen Weg zur Wiedervereinigung einigen. Das ist jedoch ein langfristiges Ziel. Bis dahin müssen wir Stein auf Stein setzen, langsam Schritt für Schritt – und das wird lange dauern. Angesichts der aktuellen Situation halte ich es für richtig, ganz praktisch und realistisch vorzugehen. Unser erstes Ziel ist der Aufbau von Vertrauen.

---

**Ein guter Teil des Vokabulars, das Sie verwenden, ist uns aus dem OSZE-Kontext geläufig – wie die Begriffe „Vertrauensbildung“ oder „Zusammenarbeit und Dialog“. Inwieweit kann sich Nordostasien die OSZE zum Vorbild nehmen und wo gibt es möglicherweise Unterschiede?**

Wie bereits erwähnt, ist das grundlegende Sicherheitskonzept der OSZE sehr wichtig. Es bedeutet Zusammenarbeit, kooperative Zusammenarbeit in Sicherheitsfragen, die alle miteinander verknüpft sind. Dieses Konzept sollte für alle regionalen Sicherheitsgruppierungen die Richtschnur sein. Und grundsätzlich hat niemand etwas dagegen, es in unsere Region zu übertragen oder zu importieren. Aber technisch und realistisch gesehen ist einigen Ländern nicht ganz wohl dabei, das Konzept in gewissen Bereichen anzuwenden. So sind etwa Menschenrechte für manche ein ziemlich strittiges Thema. Dennoch sind alle drei Dimensionen des umfassenden Sicherheitskonzepts der OSZE wichtig und maßgeblich für die Verbesserung der Gesamtsicherheit in unserer Region.

Gegenseitige wirtschaftliche Abhängigkeit ist in unserer Region bereits ein Faktum. China ist unser wichtigster Handelspartner. China, Japan, die Vereinigten Staaten, Russland und die Republik Korea sind durch Wirtschafts- und Handelsbeziehungen miteinander vernetzt. Und trotzdem wird in sicherheitspolitischen Fragen noch kaum zusammengearbeitet, von Menschenrechten ganz zu schweigen. Für uns ist der Umgang mit sensiblen Menschenrechtsfragen ebenso wenig ein Problem wie für Japan und die Vereinigten Staaten. Aber in Nordkorea ist es um die Menschenrechte schlecht bestellt. Ein Beispiel: Das Regime in Nordkorea soll vor einigen Wochen seinen Verteidigungschef und hochrangige Beamte auf groteske Art und Weise hingerichtet haben, ein Beweis für die Grausamkeit des Regimes und eine Bestätigung des ernüchternden Berichts 2014 der Untersuchungskommission der Vereinten Nationen für Menschenrechte in Nordkorea.

Die Unteilbarkeit und Vernetzung der Sicherheit sind Grundkonzepte, die wir gerne von Europa übernehmen möchten. Solange jedoch günstige Voraussetzungen für die Optimierung unserer kooperativen Konsultationsmechanismen fehlen, sind Vertrauensbildung und Konfliktverhütung unsere pragmatischsten und gangbarsten Optionen.

Fragen der atomaren Sicherheit könnten eine gemeinsame Agenda sein. In China nimmt die Anzahl der Atomkraftwerke sprunghaft zu und die Kraftwerke in Nordkorea sind baufällig und gefährlich. Sollte es in einer Atomanlage in Nordkorea zu einem Unfall kommen, könnten die gesamte Halbinsel und die ganze Region in Mitleidenschaft gezogen werden. Wir haben 2011 bereits Fukushima erlebt. Seit dem Zwischenfall sind vier Jahre vergangen, doch nach wie vor herrscht Besorgnis über die radioaktive Kontamination. Japan zumindest ist gut auf derartige Vorfälle vorbereitet, doch in Nordkorea könnte schon der kleinste Zwischenfall eine Katastrophe auslösen. Um also auf Ihre Frage zurückzukommen – ja, es gibt viele Gemeinsamkeiten. Doch wenn wir den Helsinki-Prozess mit unserer NAPCI vergleichen, sehen wir auch deutliche Unterschiede. In den 1970er Jahren gab es bei Ihnen zwei Blöcke, den Osten und den Westen, mit einigen neutralen Ländern dazwischen, die mit beiden Seiten eine Gesprächsbasis hatten. In unserer Region ist die politische Landschaft insofern eine andere, als sie nicht symmetrisch ist. Zwischen uns liegen keine Pufferstaaten, wir stehen einander direkt gegenüber. Auch der politische Wille ist sehr wichtig. Nordkorea ist jedoch sehr zögerlich, in den NAPCI-Prozess einzusteigen, da seine Hauptsorge der Stabilität des Regimes gilt. Nach Ansicht vieler Wissenschaftler leiden die Behörden in Nordkorea an Angst beziehungsweise Paranoia, weil sie befürchten, dass ihr Land ein zweites Libyen werden könnte, sobald sie ihre Gesellschaft nach außen öffnen. Wir können diese Sorge bis zu einem gewissen Grad verstehen, doch wird es ihnen nicht gelingen, eine lebensfähige Wirtschaft aufzubauen, ohne die Öffnung ihrer Gesellschaft zulassen. Man darf nicht vergessen, dass die Welt von wechselseitigen Abhängigkeiten geprägt ist. Derzeit ist China das einzige Land, das normale Beziehungen zu Nordkorea unterhält, doch sogar diese Beziehung hat sich verschlechtert, weil China strikt gegen die atomaren Ambitionen Nordkoreas ist.

**Sie sprachen vom Vertrauensbildungsprozess auf der koreanischen Halbinsel. Könnten Sie darauf etwas näher eingehen?**

Die instabilen interkoreanischen Beziehungen sind von grundlegendem Misstrauen geprägt. Dieses Misstrauen ist im Wesentlichen die Folge eines Teufelskreises, in dem eine Provokation



Nordkoreas eine Krise auslöst, auf die Verhandlungen und schließlich eine Belohnung folgen. Auf dieser Einschätzung der Lage beruht die Entscheidung unserer Regierung, ihre Strategie gegenüber Nordkorea im Wesentlichen auf den Vertrauensbildungsprozess auf der koreanischen Halbinsel auszurichten, dessen zentrale Elemente Vertrauen, Konsequenz und robuste Abschreckung sind.

Im März 2014 stellte Präsidentin Park unsere Friedensinitiative in Dresden (Deutschland), einer Stadt im ehemaligen Ostdeutschland, vor. Seit der deutschen Wiedervereinigung hat sich Dresden zu einer modernen und dynamischen Stadt entwickelt, die inmitten einer hochindustrialisierten Region liegt. Die Botschaft unserer Präsidentin lautete, dass auch in Nordkorea – ganz wie in Dresden – ein Wandel herbeigeführt werden kann.

Ausgehend von unserer Politik des Vertrauens und unserer Initiative machte sie drei Vorschläge. Erstens möchten wir unsere humanitäre Hilfe auf kleine Kinder und Mütter ausweiten. Die meisten Kinder in Nordkorea leiden an Mangelernährung. Die Durchschnittsgröße von Kindern und Jugendlichen liegt in Nordkorea deutlich unter jener in Südkorea, obwohl wir ethnisch demselben Volk angehören. Das ist äußerst besorgniserregend. Nach der Vereinigung werden beide Seiten wieder miteinander integriert, was sich als sehr problematisch herausstellen könnte. Daher hat meine Präsidentin humanitäre Hilfe als Investition in künftige Generationen vorgeschlagen. Unsere humanitäre Hilfe wird zum Abbau von Spannungen und zur Beseitigung von Hindernissen zwischen den beiden Seiten beitragen.

Der zweite Vorschlag lautet, auf eine gleichmäßige Verteilung des Wohlstands hinzuarbeiten. Wir möchten unsere Hilfe beim Wiederaufbau der Infrastruktur, der Straßen, Gebäude und Kommunen anbieten. Dabei handelt es sich um einen Bereich, der weder politisch noch belastet ist. Und drittens müssen wir uns auf eine Agenda für die Reintegration konzentrieren.

Wie bereits erwähnt, bestehen die getrennten Staaten seit 1953. Aber die Spaltung erfolgte schon früher, nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs 1945. Die Zweiteilung ist also beinahe siebzig Jahre alt. Die Menschen in Nordkorea sind im kommunistischen System groß geworden und hatten lange Zeit keinerlei Kontakt zur Außenwelt. Daher ist es eine vordringliche Aufgabe, eine

gemeinsame Kultur und Bildung zu entwickeln. Deshalb schlagen wir Nordkorea vor, den Austausch zwischen unserer Bevölkerung auf den Gebieten Wissenschaft und Kultur zu beginnen. Die drei grundlegenden Fragen, die wir gemeinsam lösen müssen, sind die humanitären Probleme, der gerecht verteilte Wohlstand und die Reintegration.

Dann möchte ich noch einen weiteren Pfeiler der koreanischen Diplomatie erwähnen, die „Eurasische Initiative“, über die wir dazu beitragen möchten, Asien und Europa mit einander zu verbinden. Diese Initiative, ebenfalls ein Vorschlag unserer Präsidentin, würde die beiden Kontinente durch ein logistisches Netz miteinander verbinden. Vor langer Zeit gab es die Seidenstraße, die von China nach Europa führte. Wir möchten die beiden Regionen wieder mit einander verbinden und Synergien schaffen – im Energiesektor, im Handel – auf allen Ebenen. Bisher ist diese Idee auf keinen Widerstand gestoßen. Sogar Russland und China haben sie begrüßt, da sie dazu beitragen wird, die riesigen Räume zwischen Europa und Asien wieder zu erschließen. Mehr Austausch zwischen den beiden Seiten kommt beiden zugute.

### **Können Sie kurz auf die jüngsten Entwicklungen in der trilateralen Partnerschaft zwischen China, Japan und Korea eingehen?**

Wie Sie wissen, gab es einige Fragen, in denen sich Korea und Japan beziehungsweise China und Japan entzweit hatten, unter anderem Gebietsstreitigkeiten und revisionistische Geschichtsauffassungen. Korea vertritt in diesen Fragen einen klaren Standpunkt, doch sind wir der Meinung, dass eine Zusammenarbeit auf anderen Gebieten wichtig ist und fortgesetzt werden sollte. Dank unserer Bemühungen fand im vergangenen März in Seoul erstmals nach dreijähriger Pause wieder das trilaterale Außenministertreffen zwischen Korea, Japan und China statt, in dem wir den Vorsitz führen. Was noch wichtiger ist: Die drei Länder sind übereingekommen, so bald wie möglich ein trilaterales Gipfeltreffen abzuhalten. Das ist eine wichtige Entwicklung für Nordostasien und unsere Regierung hofft, die trilateralen Beziehungen auf der Grundlage der Erfolge der letzten Zeit weiter zu stärken. ■

*Die Republik Korea ist seit 1994 Kooperationspartner der OSZE in Asien. Die Kooperationspartner in Asien sind Afghanistan, Australien, Japan, die Republik Korea und Thailand.*

---

# Ein Japaner in Bosnien

Von 2012 bis 2014 arbeitete Masanobu Yonemitsu aus Japan bei der OSZE-Mission in Bosnien und Herzegowina – eine Erfahrung, die er um keinen Preis missen möchte, wie er sagt.

## **Waren Sie der erste japanische Staatsangehörige, der bei der Mission in Bosnien und Herzegowina arbeitete?**

Nein, ich war nicht der erste – vor mir gab es bereits einen Japaner, der in einer der Außenstellen arbeitete. Aber es gab eine Zeit, da war ich der einzige Japaner in der gesamten Organisation.

## **Weshalb wollten Sie für die OSZE arbeiten?**

Ich wusste bereits einiges über Politik in Bosnien und war vier Jahre als politischer Berater für die japanische Botschaft in Sarajewo tätig. In Japan hatte ich internationale Beziehungen studiert und anschließend in den Vereinigten Staaten meinen Master in Konfliktanalyse und -lösung gemacht. Als die OSZE den Dienstposten eines politischen Beraters in der Mission in Bosnien und Herzegowina ausschrieb, schien mir das genau in mein Interessensgebiet zu fallen, denn in Bosnien ging es sowohl um Politik als auch um Konfliktverhütung.

Der zweite Grund war, dass ich schon immer in einem internationalen Umfeld arbeiten wollte. Ich versprach mir davon mehr Dynamik als an einer Botschaft, wo man doch mit den eigenen Landsleuten in einer monokulturellen Umgebung arbeitet.

## **Und Sie wurden nicht enttäuscht?**

Keineswegs, es waren äußerst abwechslungsreiche Erfahrungen in einem schwierigen Umfeld. Meine Tätigkeit für die Mission begann 2012 als politischer Berater des Ersten Vertreters des Missionsleiters in der Außenstelle Sarajewo – der heute übrigens Stellvertretender Missionsleiter ist. In meinem zweiten Jahr bei der Mission übersiedelte ich gemeinsam mit dem Ersten Vertreter in das Büro des Missionsleiters. Hier hatte ich Gelegenheit, an der strategischen Planung der Mission und der

Koordinierung mit den maßgeblichen Abteilungen und Außenstellen mitzuwirken. Eine große Herausforderung – denn die Mission hatte zum Zeitpunkt meines Ausscheidens 360 Mitarbeiter und war damit sehr groß –, durch die ich viel über Koordinierung und Management lernen konnte.

Ich war auch viel unterwegs, da mein Vorgesetzter, der Erste Vertreter, als höchster politischer Vertreter in der Mission für die Beobachtung und die Beurteilung der politischen Lage vor Ort zuständig war. Wir besuchten alle Außenstellen – damals vierzehn an der Zahl. Bei unseren Reisen durch das ganze Land lernten wir viele Menschen kennen. Wir arrangierten Treffen mit örtlichen Bürgermeistern und Vertretern der Zivilgesellschaft. Es war eine Zeit des Lernens, nicht nur für meinen Chef, sondern auch für mich. Ich glaube, ich habe damals mehr über die örtlichen Verhältnisse erfahren, als während meiner vier Jahre an der Botschaft.

## **Was ist die wichtigste Erkenntnis, die Sie aus Ihrer Erfahrung gezogen haben?**

Was mir besonders gut gefiel, war, dass ich für einen russischen Vorgesetzten arbeitete und auch spanische, italienische, britische, irische, amerikanische, schwedische und natürlich auch bosnische Kollegen hatte. Durch unsere tägliche Zusammenarbeit und die unterschiedliche Arbeitsweise habe ich einen Einblick in die Kultur dieser Länder erhalten. Diese Art von kulturellem Wissen ist von großem Vorteil, wenn es darum geht, andere zu verstehen. Bei jedem Entscheidungsprozess ist die persönliche Kommunikation ausschlaggebend. Natürlich ist es bei diplomatischen Missionen so, dass jede Hauptstadt ihre Anweisungen erteilt, doch umgesetzt werden sie von den Menschen vor Ort. Wenn Sie jemandes Unterstützung brauchen, ihn umstimmen oder beeinflussen wollen, dann müssen sie seine Kultur kennen.

## **Weshalb, meinen Sie, ist es wichtig für Japan, Personal zur OSZE zu entsenden?**

Japan hat großes Interesse daran, zur internationalen Gemeinschaft beizutragen. Wir unterstützen viele Projekte finanziell. In Bosnien haben wir zum Beispiel im Laufe der letzten zwanzig Jahre rund 500 Millionen USD beigetragen. Mit unserer Hilfe konnten Brücken, Straßen und Gebäude errichtet oder wiederaufgebaut werden. Wir waren auch bei der Minenräumung behilflich.

Das vermutlich bekannteste Projekt waren jedoch die neuen Busse, die wir den öffentlichen Verkehrsbetrieben in den drei größten Städten Bosniens, in Sarajewo, Banja Luka und Mostar zur Verfügung stellten, um die Aussöhnung zwischen den Volksgruppen zu fördern. Diese Busse fahren heute noch.

Meiner Ansicht nach ist es für Japan – abgesehen von der Finanzhilfe – genauso wichtig, zu zeigen, wie Bürger unseres Landes mit ihrem Fachwissen einen Beitrag leisten. Ich glaube, wenn man praktische Hilfestellung insbesondere in Europa oder Osteuropa leisten will, dann tut man das am besten über die OSZE. Und zwar deshalb, weil sie dort über große Feldoperationen verfügt, was andere internationale Organisationen nicht haben. Wenn Sie ein Bürger Europas sind, können Sie derartige Erfahrungen sammeln, indem Sie für die Europäische Union arbeiten. Doch leider können wir uns als Staatsangehörige Japans normalerweise nicht um Dienstposten bei der EU bewerben. Japan hat jedoch als OSZE-Partner in Asien die Möglichkeit, Experten auf Dienstposten der OSZE zu entsenden. Deshalb ermutige ich japanische Mitbürger immer dazu, sich zu bewerben. Sie erhalten dadurch die Möglichkeit, einzigartige Erfahrungen zu sammeln; und Japan kann seinerseits zeigen, dass es direkt zur internationalen Gemeinschaft beiträgt.

Die Arbeit für die OSZE vermittelt einem die Art multikultureller Erfahrung, die man in keiner einzelstaatlichen Organisation erwerben kann. Das kann einem im späteren Leben sehr nützlich sein, wenn man etwa mit Kollegen oder Amtskollegen, die aus einem

anderen Kulturkreis kommen, heikle Themen besprechen muss. Sitzt man erst einmal mit ihnen an einem Tisch, ist es wahrscheinlich zu spät, um darüber nachzudenken, wie sie wohl denken und arbeiten. Das sind Dinge, die man bereits wissen muss, wenn man Dringendes rechtzeitig erledigt haben möchte. Die OSZE hat mir eigentlich eine großartige Chance geboten, das alles zu lernen. Meine Erfahrungen, die ich bei der OSZE sammeln konnte, kommen mir jetzt sehr zugute, seit ich offiziell dem Auswärtigen Dienst Japans angehöre.

### **Glauben Sie, dass der auf Dialog und Kooperation basierende Sicherheitsansatz der OSZE als Vorbild oder Modell für die Lage in Asien geeignet ist?**

Leider ist es so, dass wenn man in Asien die OSZE erwähnt, die Menschen meistens nicht wissen, was das ist. Die OSZE wurde in Zeiten des Kalten Kriegs von Ländern ins Leben gerufen, die übereinkamen, einander gegenseitig militärische Informationen zukommen zu lassen, um das Worst Case Szenario zu verhindern. Im Idealfall könnte ein derartiger Mechanismus – eine Art regionale Organisation für Transparenz und den Austausch militärischer Informationen – ein nützliches Modell für Asien sein. Die Idee an sich ist zwar bestechend, doch dürfte es nicht so einfach sein, dieses Modell in naher Zukunft in Asien zu übernehmen. Aber natürlich ist alles möglich, wenn der politische Wille dazu vorhanden ist. ■

*Die Entsendung von Staatsangehörigen auf OSZE-Dienstposten ist eine der Möglichkeiten, wie OSZE-Kooperationspartner einen Beitrag zur Arbeit der Organisation leisten können. Japan stellt seit 1999 Experten für die OSZE-Feldoperationen.*



Foto: OSZE

# Die OSZE-Troika

Jedes Jahr übernimmt ein anderer OSZE-Teilnehmerstaat den Vorsitz in der Organisation und drückt ihr seinen Stempel auf. Die OSZE-Troika wurde auf dem Gipfeltreffen von Helsinki 1992 „erfunden“, um Kontinuität in die Führung der OSZE zu bringen. Sie ist eine Form der Zusammenarbeit zwischen dem scheidenden, dem aktuellen und dem designierten Vorsitz.

Jeder Vorsitz entscheidet selbst, wie er diese Zusammenarbeit gestalten möchte. Die Troika kann für ausführliche Gespräche, gelegentliche Konsultationen oder nahezu gar nicht eingesetzt werden. Die Troika dieses Jahres – die Schweiz, Serbien und Deutschland – hält nicht nur regelmäßig wöchentliche und informelle Ad-hoc-Sitzungen ab, sondern steht auch in täglichem Kontakt zu aktuellen Fragen. Und wie funktioniert das? Hier die unterschiedlichen Ansichten der drei Troika-Mitglieder:

## Serbien (derzeitiger OSZE-Vorsitz)

„Die Troika ist das wichtigste beratende Gremium für den OSZE-Vorsitz und wir arbeiten eng mit unseren Kollegen des scheidenden Vorsitzes, der Schweiz, und des designierten Vorsitzes, Deutschland, zusammen. Wir glauben, dass dieses Gremium eine wichtige Funktion erfüllt und Serbien dabei hilft, die OSZE zu steuern. Wir kommen regelmäßig als Troika zusammen, oft mehrmals pro Woche. Wir tauschen uns über die wichtigsten Fragen der OSZE-Agenda aus. Das macht die Arbeit in einem sehr schwierigen Jahr, in dem wir vor einer der größten Krisen in der Geschichte der Organisation stehen, etwas leichter. Und wir hoffen, dass diese Art der Zusammenarbeit auch nächstes Jahr unter deutschem Vorsitz fortgesetzt wird. Dieses Jahr beschlossen die Außenminister der Troika-Länder, Troika-Treffen auch auf Ministerebene abzuhalten. Wir hatten bereits Ministertreffen in Deutschland und Serbien. Sie bieten unseren Ministern Gelegenheit, die dringendsten Fragen unter sich zu besprechen. Auf ihrem letzten Treffen im April in Belgrad einigten sie sich auf die Bestellung der OSZE-Vertreter in den Arbeitsgruppen der Trilateralen Kontaktgruppe, die sich um eine diplomatische Lösung für den Konflikt in der und um die Ukraine bemüht.“ – Vuk Zugić, Ständiger Vertreter Serbiens bei der OSZE und Vorsitzender des Ständigen Rates

## Die Schweiz (OSZE-Vorsitz 2014)

„Letztes Jahr war es schwierig, die Troika heranzuziehen. Mit bot diese Einrichtung eine weitere Gelegenheit zur Zusammenarbeit mit der ukrainischen Delegation [die Ukraine führte 2013 den Vorsitz in der OSZE], doch machten wir davon nicht so systematisch Gebrauch wie der serbische Vorsitz. Wir hätten sie gern öfter in Anspruch genommen, doch das war in der Praxis nicht so einfach.

Dieses Jahr hat Serbien beschlossen, ausgiebig von der Troika Gebrauch zu machen. Letztes Jahr hatten wir letztendlich nur 23 Troika-Treffen, während der serbische Vorsitz bis Mai 2015 bereits ebenso viele Treffen absolvierte.

Als führendes Troika-Mitglied ist man für die Entscheidungen zuständig. Dieses Jahr ist unsere Rolle eine andere: Wir sind Berater und bemühen uns, die Unterstützung der anderen OSZE-Teilnehmerstaaten für den Vorsitz zu mobilisieren.

Als im Dezember 2011 in Wilna die Schweiz und Serbien als nächste Vorsitzländer bestimmt wurden, kamen sie überein, in den darauffolgenden zwei Jahren eng zusammenzuarbeiten. Die Troika ist nur eine Form dieser engen Zusammenarbeit.“ – Thomas Greminger, Ständiger Vertreter der Schweiz bei der OSZE

## Deutschland (OSZE-Vorsitz 2016)

„Das Troika-Format sorgt für Kontinuität, deshalb ist es so wichtig. Wir können keine Agenda für nur ein Jahr festlegen, also müssen wir für Fortsetzung und Kontinuität sorgen. In der Troika erfahren wir, welche Fragen in der Zeit unserer Vorsitzführung zur Behandlung anstehen werden. Und die Troika ist auch deshalb nützlich, weil diese Fragen mitunter nicht in den Sitzungen des Ständigen Rates erörtert werden und wir uns in sie nur einarbeiten können, wenn wir Teil der Troika sind. Die Troika ist ein sehr intensives Format. Doch ich meine, der serbische Vorsitz setzt es optimal ein, und wir unterstützen ihn nach Kräften in der Wahrnehmung seiner Aufgaben. Aber die Früchte unserer Teilnahme an der Troika werden wir ernten, wenn wir 2016 das Steuer in der OSZE übernehmen.

Dieses Jahr sind wir mit einer besonderen Situation konfrontiert. Unter diesem Blickwinkel ist es sehr zweckmäßig, dass Deutschland sowohl der Troika als auch der Normandie-Gruppe [ein Verhandlungsformat zur Lösung der Krise in der und um die Ukraine unter Beteiligung Frankreichs, Deutschlands, der Ukraine und Russlands] angehört. Das hilft dem Vorsitz, über die Arbeit der Normandie-Gruppe stets auf dem Laufenden zu sein, und liefert beiden Seiten die Informationen und den Input, die sie brauchen, um wirksam arbeiten zu können.“ – Rüdiger Lüdeking, Permanent Representative of Germany to the OSCE

*Der Artikel wurde von Mia Ilić, einer Praktikantin in der Abteilung Kommunikation und Medienbeziehungen im OSZE-Sekretariat, vorbereitet.*

# Die OSZE und die Sicherheit in Europa überdenken

von Fred Tanner

In den nahezu vierzig Jahren ihres Bestehens musste sich die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, bis 1994 unter dem Namen Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) bekannt, an das sich ständig ändernde Sicherheitsumfeld anpassen. Reformbemühungen gingen oft auf einen Paradigmenwechsel in der globalen und europäischen Sicherheit zurück. Der erste Versuch einer umfassenden Modernisierung der OSZE wurde Ende 2004 unternommen. Der OSZE Ministerrat beauftragte damals einen Weisenrat mit der Überprüfung der Wirksamkeit der Organisation in einem sich wandelnden Europa. „Die alten Trennlinien des Kalten Krieges existieren nicht mehr. Daher wird die Rolle der OSZE, ebenso wie die anderer Sicherheitsorganisationen, an dieses neue Sicherheitsparadigma angepasst. [...] Eine sich rasch ändernde europäische und eurasische Landschaft verlangt von einer Organisation wie der OSZE, dass sie sich konstruktiv darum bemüht, das Entstehen neuer Trennlinien zu verhindern,“ schrieben damals die Weisen in ihrem Bericht. Sie gaben Empfehlungen ab, wie das gemeinsame Vorgehen der Organisation in Bezug auf Langzeitkonflikte und Bedrohungen des 21. Jahrhunderts verbessert werden kann.

Nach dem bewaffneten Konflikt zwischen Russland und Georgien 2008 brachte die OSZE unter dem damaligen griechischen Vorsitz den Korfu-Prozess auf den Weg – eine Reihe informeller Diskussionen über Möglichkeiten zur Wiederherstellung des Vertrauens zwischen den Teilnehmerstaaten. Den Höhepunkt des Korfu-Prozesses bildete das Gipfeltreffen von Astana 2010, bei dem sich die Teilnehmerstaaten „erneut zur Vision einer [...] Sicherheitsgemeinschaft von Vancouver bis Wladiwostok“ bekannten, „deren Grundlagen vereinbarte Prinzipien, gemeinsame Verpflichtungen und gemeinsame Ziele sind“. Doch zum vorgeschlagenen „Aktionsrahmen“, der einen Katalog von Reformmaßnahmen enthielt, kam kein Konsens zustande.

Nach Astana wurde die Reformagenda unter litauischem Vorsitz 2011 in Form der sogenannten VzuV-Dialoge fortgesetzt und Ende 2012 vom Helsinki+40-Prozess übernommen. Mit diesem Prozess sollten die Prinzipien von Helsinki in allen drei Sicherheitsdimensionen der OSZE – der politisch-militärischen Dimension, der Wirtschafts- und Umweltdimension und der menschlichen Dimension – bekräftigt und die Organisation besser in die Lage versetzt werden, gegenwärtige und künftige sicherheitspolitische Herausforderungen zu bewältigen. Sie gewann an Profil und das von der Schweiz und Serbien für ihre aufeinander folgenden Vorsitze (2014 beziehungsweise 2015) vereinbarte gemeinsame Arbeitsprogramm weckte hohe Erwartungen. Leider kam der Helsinki+40-Prozess aufgrund der Krise in der und um die Ukraine zum Stillstand.

Diese Krise stürzte auch die OSZE in eine existentielle Krise und bedrohte sie in ihrer Rolle als legitime Hüterin der Sicherheit in Europa. Vor diesem Hintergrund rief der damalige Amtierende Vorsitzende, der Schweizer Außenminister und Bundespräsident der Schweizerischen Eidgenossenschaft, Didier Burkhalter, auf dem Ministerratstreffen im Dezember 2014 in Basel den „Weisenrat zur europäischen Sicherheit als gemeinsames Projekt“ ins Leben. Dahinter stand die Absicht, die Grundlage für einen inklusiven und konstruktiven sicherheitspolitischen Dialog in der gesamten euroatlantischen und eurasischen Region zu schaffen, in dem die Ukraine-Krise im größeren Kontext sowie andere Entwicklungen im OSZE-Raum, in denen die Teilnehmerstaaten eine Bedrohung ihrer Sicherheit sehen, angesprochen werden. Der Rat sollte sich Gedanken darüber machen, wie das Vertrauen wiederaufgebaut, die europäische Sicherheit als gemeinsames Vorhaben auf Grundlage der Schlussakte von Helsinki und der Charta von Paris (wieder) gefestigt und die wirksame Einhaltung der OSZE-Grundsätze sichergestellt werden kann. Außerdem erhielt er den Auftrag, sich mit den im OSZE-Raum festgestellten Bedrohungen und möglichen Reaktionen darauf zu befassen und Möglichkeiten zu prüfen, wie die kooperative Sicherheit bekräftigt, weiterentwickelt, gestärkt und durch zusätzliche Elemente ergänzt werden kann. Schließlich sollte er die besondere Rolle der OSZE für die euroatlantische und eurasische Sicherheit und ihre Rolle in Bezug auf die Verhinderung und Beilegung von Krisen, auch jener in der Ukraine, analysieren. Damit wird die Hoffnung verknüpft, dass es dem Weisenrat gelingt, einige Komponenten des Helsinki+40-Prozesses mit neuem Leben zu erfüllen. Das wird auch eines der Themen auf dem im Juli geplanten Treffen auf hoher Ebene in Helsinki sein und könnte auch für die Zeit nach dem Belgrader Ministerrat Ende des Jahres von Nutzen sein.

---

Der Weisenrat unter der Leitung von Botschafter Wolfgang Ischinger, dem Vorsitzenden der Münchner Sicherheitskonferenz, besteht aus 15 Mitgliedern aus allen OSZE-Regionen, die diese Funktion in ihrer persönlichen Eigenschaft wahrnehmen. Der Rat wird zwei Berichte verfassen. Der erste, ein Zwischenbericht, wurde am 17. Juni in Wien vorgestellt. Er befasst sich im Wesentlichen mit den Lehren, die sich aus dem bisherigen Engagement der OSZE in der Ukraine ergeben. Der zweite und abschließende Bericht wird allgemeinen Fragen der Sicherheit im OSZE-Raum gewidmet sein. Beide Berichte werden praktische Empfehlungen und Handlungsansätze für politische Entscheidungsträger, auch für den OSZE-Ministerrat und die OSZE-Teilnehmerstaaten, enthalten.

Die OSZE-Troika bestehend aus dem scheidenden Schweizer, dem gegenwärtigen serbischen und dem designierten deutschen Vorsitz wird allgemeine Leitlinien für die Arbeit des Weisenrates vorgeben. Dieser wird dazu auch Anregungen der OSZE-Teilnehmerstaaten, des Sekretariats, der Institutionen und der Parlamentarischen Versammlung der OSZE sowie multilateraler

Organisationen, die mit Fragen der europäischen Sicherheitspolitik befasst sind, der Zivilgesellschaft und von Denkwerkstätten einholen. Dazu kann er zum Beispiel Anhörungen abhalten, Studien in Auftrag geben und Besuche durchführen. Der Weisenrat und seine einzelnen Mitglieder können auch Gelegenheiten zu Gesprächen mit hochrangigen Vertretern der Teilnehmerstaaten nutzen (zum Beispiel bei Veranstaltungen am Rande multilateraler Konferenzen und anderer internationaler Treffen). Dem Rat steht eine Unterstützungsgruppe zur Seite, die operative und logistische Hilfsdienste bei der Einberufung von Treffen und wesentliche Unterstützung bei der Ausarbeitung der Berichte leisten wird. Das OSCE Network of Think Tanks and Academic Institutions leistet Beiträge in Form von Forschungsarbeiten und Positionspapieren. Der Weisenrat wird durch freiwillige Beiträge finanziert. ■

*Botschafter Fred Tanner ist Erster Berater im Büro des OSZE-Generalsekretärs und im OSZE-Sekretariat als Projektmanager für den Weisenrat zur europäischen Sicherheit als gemeinsames Projekt zuständig.*

Der Zwischenbericht des Weisenrates „Lessons learned for the OSCE from its engagement in Ukraine“ kann hier abgerufen werden: [www.osce.org/networks/164561?download=true](http://www.osce.org/networks/164561?download=true)

## Wolfgang Ischinger, der Vorsitzende des Weisenrates zur europäischen Sicherheit als gemeinsames Projekt, im Gespräch

### Warum ist dieser Weisenrat notwendig?

Keines der existierenden internationalen Foren – weder der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen noch der NATO-Russland-Rat, auch nicht die langjährigen Beziehungen zwischen der Europäischen Union und Russland – keines dieser organisatorischen oder institutionellen Arrangements war in der Lage, einen Rahmen für die Suche nach einer friedlichen Beilegung des Konflikts um die Ostukraine, einschließlich der Krim-Frage, zu bieten.



Der Gedanke, einen Reflexionsprozess in Gang zu setzen, der den Konfliktparteien – der Russischen Föderation, der Ukraine, den Vereinigten Staaten, den an vorderster Front stehenden Staaten wie Polen, die baltischen Staaten und anderen – die Möglichkeit gibt, bei informellen Bemühungen dabei zu sein, um nach Lösungen zu suchen und Wege zur Stärkung der europäischen Sicherheitsarchitektur zu ermitteln, entstand Ende letzten Jahres, und er erschien mir ausgesprochen gut.

Der Weisenrat wird sich bemühen, einen ernstzunehmenden Beitrag zu den Überlegungen zu liefern, was getan werden kann, um sicherzustellen, dass es nie mehr zu Krisen wie jener der letzten 12 Monate in der und um die Ukraine kommt.

### **Hat Sie Ihre Erfahrung als Vorsitzender der Diskussionen im Rahmen des nationalen Dialogs in der Ukraine im Namen der OSZE letztes Jahr auf die Rolle des Vorsitzenden in diesem Gremium vorbereitet?**

Meiner Arbeit im Namen des Amtierenden Vorsitzenden der OSZE im Frühjahr letzten Jahres verdanke ich Einblicke aus erster Hand in die Lage sowohl in Kiew als auch in der Region Donbass. Ich konnte Donezk und andere Orte besuchen, bevor Kampfhandlungen solche Besuche unmöglich machten. Diese Erfahrung, verbunden mit meinem soliden Hintergrund als Verhandler in Krisen, ist außerordentlich nützlich bei der Festlegung der Prioritäten in unserem Gremium.

### **Mitglieder des Weisenrates**

Wolfgang Ischinger, Deutschland, Vorsitzender der Münchner Sicherheitskonferenz

Dora Bakoyannis, Griechenland, Abgeordnete des griechischen Parlaments, ehemalige Außenministerin und Amtierende Vorsitzende der OSZE 2009

Tahsin Burcuoğlu, Türkei, ehemaliger Botschafter

Ivo H. Daalder, Vereinigte Staaten, ehemaliger Botschafter, Präsident des Chicago Council on Global Affairs

Oleksandr Tschalji, Ukraine, Präsident von Grant Thornton Ukraine

Vaira Vike-Freiberga, Lettland, ehemalige Staatspräsidentin von Lettland, Präsidentin des Club de Madrid

Jean-Marie Guéhenno, Frankreich, ehemaliger Untergeneralsekretär der Vereinten Nationen, Präsident der International Crisis Group

Barbara Haering, Schweiz, ehemalige Abgeordnete zum Nationalrat, Direktorin der Denkfabrik econcept Inc.

Sergi Kapanadse, Georgien, ehemaliger Stellvertretender Außenminister, Direktor der Denkfabrik Georgia's Reforms Associates

Sergei A. Karaganow, Russische Föderation, Ehrenvorsitzender des Präsidiums des Rates für Außen- und Verteidigungspolitik

Malcolm Rifkind, Vereinigtes Königreich, ehemaliger Außenminister, Parlamentsabgeordneter

Adam Daniel Rotfeld, Polen, ehemaliger Außenminister, Professor an der Universität Warschau

Teija Tiilikainen, Finnland, ehemalige Staatssekretärin im Außenministerium, Direktorin des Finnischen Instituts für internationale Angelegenheiten

Kassym-Schomart Tokajew, Kasachstan, ehemaliger Ministerpräsident, Senatsvorsitzender

Ivo Visković, Serbien, ehemaliger Botschafter, Professor für Politikwissenschaften an der Universität Belgrad

**For more information see [www.osce.org/cio/133976](http://www.osce.org/cio/133976)**

### **Welche Ergebnisse erwarten Sie von der Tätigkeit des Weisenrates?**

Der Weisenrat hat ein zweifaches Mandat. Der erste Bericht enthält speziell an die OSZE gerichtete Empfehlungen – und der zweite wird sich mit allgemeineren Angelegenheiten der europäischen Sicherheit befassen, die über diejenigen hinausgehen, die die OSZE direkt betreffen.

In den ersten Bericht haben wir Empfehlungen aufgenommen, die – so hoffen wir – Eingang in die Beschlüsse des Ständigen Rates der OSZE finden werden: Empfehlungen, wie die OSZE besser in die Lage versetzt werden kann, mit derartig dringlichen Situationen umzugehen, und wie sie mit mehr politischem Einfluss und politischer Macht ausgestattet werden kann.

Wir haben aus der Erfahrung des Georgien-Konflikts von 2008 gelernt, noch mehr jedoch in diesem Jahr in der Ukraine. Der Weisenrat muss Sicherheit daher aus einem neuen Blickwinkel betrachten: Was ist mit der konventionellen Rüstungskontrolle passiert? Was mit dem Vertrauen in politischen Beziehungen? Wir müssen eine europäische Architektur schaffen, geprägt von Transparenz im militärischen und politischen Bereich, von Nachprüfbarkeit, von gegenseitiger Transparenz in der Information, von Rüstungsabbau.

2014 war ein Weckruf für die europäische Sicherheit. Der Weisenrat bietet die Chance zu reagieren, Vorschläge zu machen, wie wir eine belastbarere und inklusivere euroatlantische Sicherheitsgemeinschaft aufbauen können.

---

INTERVIEW MIT ILUTA LĀCE

# Marta in Usbekistan

*Marta, das führende Zentrum Lettlands für die Förderung der Frauenrechte ist in vielerlei Hinsicht ungewöhnlich. Am erstaunlichsten ist, dass es das Leben der Frauen nicht nur in Lettland verbessern will, sondern auch im fernen Usbekistan. Iluta Lāce gründete im Jahr 2000 das Marta Ressourcenzentrum für Frauen in Riga.*

## Was ist das Besondere an Marta?

Wir durchforsten Rechtsvorschriften und die übliche Praxis, und wenn uns etwas diskriminierend erscheint, bemühen wir uns um kreative – manchmal subversive – Lösungen. Als zum Beispiel gewisse Gruppen während der Wirtschaftskrise die Prostitution legalisieren wollten, starteten wir einen Werbefeldzug mit dem ironischen Slogan „Rette das Land, werde Prostituierte“. Damit wollten wir zeigen, welche Hölle sexuell ausgebeutete Mädchen und Frauen durchleben, und gegen Vorschläge Stellung beziehen, die auf noch mehr Ausbeutung hinauslaufen. Wir haben einen Feldzug unter dem Schlagwort „Lass’ mich in Ruhe“ organisiert, damit der Gesetzgeber schneller Maßnahmen zum Schutz vor Stalking ergreift und um über dessen gravierende Folgen aufzuklären. Wir nutzen den Mechanismus des Verfassungsgerichtshofs, um Gesetze zu ändern, die Frauen benachteiligen. Wir suchen nach Möglichkeiten zur Lösung von neu auftretenden Problemen, mit denen noch niemand umzugehen weiß, zum Beispiel mit Mobbing im Internet.

## Warum wollten Sie in Usbekistan arbeiten?

Wir können keine bessere Welt schaffen, wenn wir uns nur um unseren eigenen Garten kümmern. Wir müssen aus unserer Komfortzone herauskommen. Wir sind alle miteinander verbunden. Wir haben unsere Arbeit

in Usbekistan 2009 aufgenommen, als unser Partner, die italienische Kammer für Handel, Industrie, Handwerk und Landwirtschaft, Experten suchte, um das Problem der Gewalt gegen Frauen anzugehen. Lettland und die zentralasiatischen Länder haben im Grunde vieles gemein – unsere gemeinsame Geschichte als ehemalige Mitglieder der Sowjetunion hilft uns, einander zu verstehen und zum Dialog zu finden. Es motiviert und ermutigt, mit Frauen in Usbekistan zu arbeiten, zu sehen, wie sie die Schwierigkeiten des Lebensalltags bewältigen. Wir führen auch Projekte in Kirgisistan (seit 2012) und Tadschikistan (seit 2014) durch.

## Mit welchen Problemen bekommen Sie es hauptsächlich zu tun?





Da gibt es verschiedene Probleme. Zum Beispiel werden Mädchen von ihren Familien schon sehr früh zur Heirat gezwungen, vor allem auf dem Land. Ein anderes Problem besteht etwa darin, dass eine Frau, wenn eine Familie zerbricht, meist mit einem Kind ohne jede Unterstützung zurückbleibt. Wir versuchen, psychologische Unterstützung und Hilfe in rechtlichen Fragen zu leisten und sicherzustellen, dass die Frauen angemessenen Unterhalt von ihren Ex-Ehemännern erhalten.

### **Was ist Ihr Arbeitsschwerpunkt?**

Wir bilden PsychologInnen, RechtsberaterInnen, Führungspersönlichkeiten der Mahallas (kommunale Selbstverwaltungen), Selbsthilfegemeinschaften und andere NGOs aus. Wir möchten unser Wissen und unsere Arbeitsmethoden weitergeben. Die Menschen in den örtlichen Gemeinschaften in Usbekistan finden dann ihre eigenen Methoden, wie sie unser Instrumentarium in ihrer Arbeit nutzen können.

### **Mit welcher Art von Projekten befassen Sie sich?**

Wir bilden zum Beispiel mit unserem italienischen Partner Frauen aus, die sich mit einem Kleingewerbe selbstständig machen wollen, etwa in verschiedenen Arten der Heimarbeit wie Sticken, Kuchenbacken, Teppichweben oder die Herstellung von Musikinstrumenten. Mit dieser Erwerbstätigkeit verschaffen sich die Frauen Respekt in ihrer Familie.

Wir haben mehreren Unterstützungszentren – in Taschkent, Andischan, Navoiy und Ferghana – dabei geholfen, an besonders gefährdete Frauen gerichtete Kampagnen durchzuführen. Im Laufe der Jahre haben tausende Frauen in prekären Situationen in diesen Zentren juristische oder psychologische Hilfe erhalten.

Das Problem besteht darin, dass es den örtlichen Zentren schwer fällt, mit der ständigen Weiterentwicklung der Hilfsprogramme Schritt zu halten. Jetzt versuchen wir, Marta in Usbekistan eintragen zu lassen, damit wir mit den Organisationen vor Ort effizienter zusammenarbeiten können. Wir sehen, dass sie laufend Unterstützung benötigen, vor allem bei der Aufrechterhaltung der Professionalität und zur Verhinderung von „Burnout“ unter den Fachkräften, die schutzbedürftige Frauen betreuen.

Ich halte es nicht für sinnvoll, dass Experten kommen und gehen. Es ist wirksamer, Partnerschaften aufzubauen, örtliche Fachkräfte auszubilden und unsere Methoden zu verbreiten, die dann an die örtlichen Bedürfnisse angepasst und auf längere Sicht angewendet werden. Als ich kürzlich in Usbekistan war, stellte ich mit großer Freude fest, dass einige unserer Instrumente nicht nur in den Organisationen, mit denen wir gearbeitet hatten, genutzt werden, sondern auch in verschiedenen Gemeinden.

### **Was hält die örtliche Bevölkerung von Ihrer Arbeit? Treffen Sie auf Rollenklischees?**

Die Situation ist überraschenderweise jener in Lettland nicht unähnlich. Wir sind praktisch tagtäglich mit Klischees dieser Art konfrontiert, doch unsere Arbeit findet auch Anerkennung. Wenn wir heikle Fragen wie reproduktive Rechte oder Gewalt gegen Frauen ansprechen, müssen wir in unserer Wortwahl sehr vorsichtig sein, denn die Menschen in Usbekistan haben ihre eigene Art, Dinge auszudrücken. Wir sprechen von gegenseitiger Achtung und starken Familien. So ging es uns auch in Lettland, als wir den Kampf gegen den Menschenhandel aufnahmen. Das Wort „Menschenhandel“ kam bei uns nicht vor. Stattdessen organisierten wir Seminare darüber, was Frauen wissen müssen, bevor sie Arbeit im Ausland annehmen. Es geht um die Art und Weise, wie man die Botschaft transportiert. Wir bemühen uns um Formulierungen, die die Menschen verstehen.

In keiner Gesellschaft ist es leicht, über Gewalt gegen Frauen zu sprechen. Die Zivilgesellschaft möchte sie zur Sprache bringen, aber es wird gelehnet, dass Gewalt gegen Frauen existiert. Offiziell gibt es sie nicht. Sie wird nicht als Problem anerkannt. Das ist einer der Gründe, warum es so schwierig ist, in Zentralasien Frauenhäuser für Gewaltopfer einzurichten. Dieselbe Situation hatten wir vor einigen Jahren in Lettland – man sprach von „Familienkonflikten“, aber nicht von Gewalt.

### **Welche Zukunftspläne haben Sie?**

Wir möchten uns neuen Themen widmen. Zum Beispiel wird Menschenhandel in den zentralasiatischen Ländern bereits als Problem anerkannt, doch häusliche Gewalt wird weithin noch immer tabuisiert. Wir müssen gemeinsam mit örtlichen Organisationen einen Weg finden, um sie zum Thema zu machen.

Als Lettland dieses Jahr die Präsidentschaft in der Europäischen Union innehatte, luden wir unsere Partner aus Kirgisistan, Tadschikistan und Usbekistan nach Lettland ein. Wir berichteten ihnen über unsere Arbeit mit öffentlichen Einrichtungen und Regierungen und arbeiteten gemeinsam mit anderen Gender-Experten und NGOs aus der Europäischen Union an Empfehlungen zu drei Themen – Menschenhandel, häusliche Gewalt und Kinderehe –, die auf die Entwicklungsziele und die Post-2015-Entwicklungsagenda der Vereinten Nationen Bezug nahmen.

---

Valentyana Polunina sprach mit Iluta Lace.

Näheres zu Marta findet sich unter:

<http://www.marta.lv>

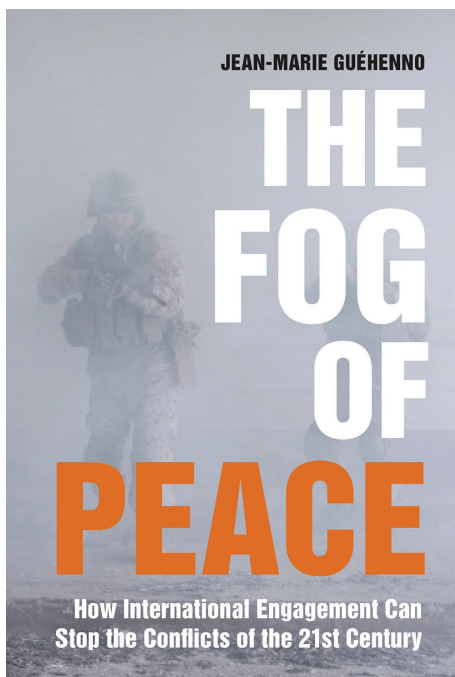
## ZUR LEKTÜRE EMPFOHLEN

### Zunehmende Eintrübung seit dem Zweiten Weltkrieg

Jean-Marie Guéhenno, *The Fog of Peace*

Als die Vereinten Nationen (UN) 1945 gegründet wurden, erlebte die Welt einen seltenen Moment der moralischen Klarheit, schreibt Jean-Marie Guéhenno, der von 2000 bis 2008 die Friedenssicherungseinsätze der Vereinten Nationen leitete, in seinem neuen Buch über die Dilemmata internationaler Friedenseinsätze. Die Veränderung des Sicherheitskonzepts habe diese Klarheit getrübt. Die UN waren als Bollwerk gegen die Invasion eines Staates durch einen anderen gedacht, führt er weiter aus; in der heutigen Welt sei die Sicherheit jedoch eher durch grenzüberschreitend agierende Kräfte oder gescheiterte Staaten bedroht.

Zentrales Thema in Guéhennos Buch ist die Friedenssicherung der Vereinten Nationen – die OSZE findet nur einmal Erwähnung, und auch das nur in einer Erwähnung des „jämmerlichen Versagens“ des Ministerrats 2004 in Sofia. Doch seine Einsichten sollen, so der Autor „für all jene relevant sein, die etwa bewirken wollen in einer Welt, die durch die widerstreitenden Kräfte der Globalisierung und Fragmentierung neu definiert wird“.



„Man braucht einen verlässlichen Kompass, um durch den Nebel des Friedens zu navigieren. Und ich habe erkannt, dass ein Unterfangen nicht deshalb moralisch wird, weil es das Böse bekämpft, sondern weil es im Widerstreit stehende Güter abwägt, nach dem geringeren Übel sucht und Entscheidungen trifft. Diese Dilemmata machen die Friedenssicherung zu einem ethischen Projekt und diese Dilemmata möchte ich dem Leser nahebringen,“ schreibt Guéhenno.

*The Fog of Peace ist eine persönliche Abrechnung mit der Friedenssicherung in 12 verschiedenen Konflikten, zwei davon – Georgien und Kosovo – im OSZE-Raum.*

## HILFE MIT HERZ UND FILZ

Jewgenija Schewtschenko ist eine bekannte ukrainische Filz-Künstlerin. Seit Dezember 2014 leitet sie ein eigenes Atelier im Unterstützungszentrum für Binnenvertriebene (IDPs) Dopomoha Dnipro in der Karl-Marx-Allee in Dnipropetrowsk (Ukraine). Im Zentrum sind rund 40 IDPs untergebracht und jeden Tag kommen zahlreiche Besucher. Jeden Abend versammeln sich Kinder und Erwachsene für eine Stunde im Atelier, um die Techniken der Filzbearbeitung zu erlernen und ihrer Phantasie freien Lauf zu lassen. Sie fertigen kleine herzförmige Glücksbringer für Soldaten, mit Applikationen versehene Pantoffel, Hüte, Westen und verschiedenes Spielzeug an. Die Gegenstände stehen zum Verkauf und mit dem Erlös werden besondere Bedürfnisse der Bewohner erfüllt – zuletzt wurde damit die ärztliche Behandlung für ein krankes Mädchen bezahlt.



Um nähere Informationen zu erhalten, schreiben Sie an:  
Dopomoga Dnipro  
119 A Karl Marx Avenue  
Dnepropetrovsk, Ukraine 49000  
Tel:+380963939805

**Guidebook to Enhancing Gender-Responsive Mediation.** Herausgeber: OSZE-Sekretariat, Büro des Generalsekretärs/Abteilung Genderfragen (Englisch, Russisch)

**Handbook of the OSCE Study on National Action Plans on the Implementation of the United Nations Security Council Resolution 1325.** Herausgeber: OSZE-Sekretariat, Büro des Generalsekretärs/Abteilung Genderfragen (Englisch)

**Guidelines on the Legal Personality of Religious or Belief Communities** Herausgeber: OSZE-Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte (Englisch, Russisch)

**General Characteristics of Substandard Roma Settlements in Serbia and a Proposal for Further Development Initiatives for the Improvement of the Living Conditions of the Roma Community** Herausgeber: OSZE-Mission in Serbien (Englisch, Serbisch)

**Book on the Photojournalism Exhibition “In My Eyes”** . Herausgeber: OSZE-Präsenz in Albanien (Albanisch)

**Handbook for the Observation of Campaign Finance** Herausgeber: OSZE-Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte (Englisch)

**Practical guide on how to organize activities of counselling centres for migrants** Herausgeber: OSZE-Programmbüro in Astana (Russisch)

**Manual on Quality Education for All** Erstellt von der Armenian National Students' Association mit Unterstützung des OSZE-Büros in Eriwan (Armenisch)

**The Manual on Legal Instruments for the Protection of the Environment through Civil and Criminal Law** Herausgeber: OSZE-Mission in Serbien (Serbisch)

**The Local Community and Challenges of Torrential Floods** Herausgeber: OSZE-Mission in Serbien (Serbisch)

**Guide on Working with Vulnerable Groups and Non-Discrimination Principles** Herausgeber: OSZE-Mission in Serbien (Serbisch)

**Handbook on Cyberspace: Information Security and Rights** Erstellt von der NGO Journalists for the Future mit Unterstützung des OSZE-Büros in Eriwan (Armenisch)

**Creating Mentor Networks in the OSCE Region: A Practical Roadmap** Eine gemeinsame Publikation von OSZE und KVINFO (Englisch)

#### **Sicherheitsgemeinschaft**

Herausgegeben vom OSZESekretariat  
Abteilung Kommunikation und  
Medienbeziehungen  
Wallnerstraße 6  
1010 Wien, Österreich  
**Telefon:** +43 1 51436 6267  
[oscemagazine@osce.org](mailto:oscemagazine@osce.org)

Verfügbar als Druckausgabe in Englisch und Russisch, online in den Sprachen Deutsch, Englisch, Französisch, Italienisch, Russisch und Spanisch unter  
[www.osce.org/magazine](http://www.osce.org/magazine)

Die in den Artikeln vertretenen Ansichten geben die Meinung der Verfasser und nicht notwendigerweise den offiziellen Standpunkt der OSZE und ihrer Teilnehmerstaaten wieder.

**Redaktion:** Ursula Froese

**Redaktionelle Mitarbeit:** Miroslava Beham, Cathie Burton, Ursula Froese, Adam Kobieracki, Alexey Lyzhenkov, Marcel Peško, Desirée Schweitzer

**Gestaltung und Illustration:**  
Rakocevic Aleksandar

**Druck:** Riedeldruck GmbH

Das Magazin „Sicherheitsgemeinschaft“ setzt sich für die Entwicklung einer Gemeinschaft von Menschen ein, die sich der Förderung von Vertrauen und Stabilität im gesamten OSZERaum verschrieben haben. Schriftliche Beiträge zu einzelnen Aspekten der politisch-militärischen, ökonomischen und ökologischen sowie der menschlichen Sicherheit sind willkommen (redaktionelle Bearbeitung vorbehalten).

Welche Beiträge veröffentlicht werden, liegt im Ermessen der OSZE. Für veröffentlichte Beiträge wird kein Honorar bezahlt. Schreiben Sie bitte an:  
[oscemagazine@osce.org](mailto:oscemagazine@osce.org)

